

Zur Geschichte der Linkspartei. PDS im Land Brandenburg



Arbeits- und Interessengemeinschaften

Heft 2/1

DIE LINKE. PDS
Landesverband Brandenburg

Zur Geschichte der Linkspartei. PDS im Land Brandenburg

Arbeits- und Interessengemeinschaften

Arbeits- und Interessengemeinschaften,
Plattformen im Landesverband
Arbeitsgemeinschaft Geschichte
Arbeitsgemeinschaft Neues Denken

Heft 2/ 1

Impressum:

Herausgeber: AG Geschichte beim Landesvorstand der Linkspartei.PDS

Zusammengestellt und bearbeitet: Dr. Ulrike Koch, Dr. Horst Maiwald, Wolfgang Preller

Leitung: Dr. Gerlinde Grahn

Redaktionsschluss: Februar 2007

Technische Gestaltung: Reinhard Frank

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Vorbemerkungen | 6 |
| Abkürzungsverzeichnis | 7 |
| | |
| Gerlinde Grahn: Arbeits- und Interessengemeinschaften, Plattformen im Landesverband Brandenburg der Linkspartei. PDS | 8 |
| | |
| Gerlinde Grahn: Entstehung und Tätigkeit der AG Geschichte | 25 |
| | |
| Wolfgang Preller: Die Arbeitsgemeinschaft Neues Denken | 37 |
| | |
| Dokumente | |
| Dokument 1 | |
| Beschluss des Landesvorstandes zur Arbeitsweise der Arbeitsgemeinschaften im Landesverband. Angenommen auf der Sitzung des Landesvorstandes am 21./22. November 1992 in Groß Schönebeck, Kreis Bernau. | 42 |
| Dokument 2 | |
| Aus: Friedemann Bär: Thesen [für die Kommission innerparteiliche Entwicklung] zur Struktur- und Personalentwicklung des Landesverbandes Brandenburg der PDS – vorgelegt der Landesvorstandssitzung am 7. Juli 2000 | 45 |
| | |
| Anhang | |
| Anhang 1 | |
| Arbeits- und Interessengemeinschaften, andere Zusammenschlüsse im Landes- verband | 46 |
| Anhang 2 | |
| Mitglieder der AG Programm/Geschichte/innerparteiliche Bildung (zwischen 1990 und 2006) | 49 |
| Anhang 3 | |
| Mitglieder der AG Neues Denken (zwischen 1992 und 2006) | 50 |

Vorbemerkungen

Mit dem vorliegenden Heft 2, Teil 1 wird die „Kleine Reihe zur Geschichte der Linkspartei.PDS im Land Brandenburg“ fortgesetzt.¹ Die einzelnen Teile dieses Heftes sollen sich mit der Geschichte der Interessen- und Arbeitsgemeinschaften und Plattformen im Landesverband von 1990 an, ihren Verflechtungen mit gleichen oder ähnlichen Formen auf den unterschiedlichen Organisationsebenen und den Kreis- und Basisorganisationen im Land beschäftigen.

Vollständigkeit kann nicht angestrebt werden, da vor allem in der Euphorie der ersten Jahre verschiedene Arbeitsgemeinschaften und –gruppen entstanden, die sich nur kurzzeitig zusammenfanden und aus unterschiedlichen Gründen bald wieder aufhörten zu existieren.² Andere hingegen wie z.B. zur Umwelt- und zur Bildungspolitik, zur Geschichte und zum Neuen Denken bestehen, wenn zum Teil auch unter verändertem Namen, fast so lange wie die Partei selbst. Geleitet von langjährig erfahrenen Mitgliedern, sind sie zu einem unverzichtbaren Teil der sachbezogenen politischen Arbeit der Partei geworden und haben sich einen geachteten Platz im gesellschaftlichen Leben des Landes erworben. Die Darstellung der Arbeit und Geschichte der AG und IG sollte deshalb nicht nur eine Beschreibung historischer Sachverhalte und Personen sein, sondern zum Erfahrungsaustausch zwischen den gegenwärtig bestehenden IG und AG beitragen.

¹ Heft 1/1: Das Jahr 1989. Dokumente und Zeitzeugenberichte, Potsdam 2005; Heft 1/2: Von der SED zur PDS (Januar bis März 1990) Dokumente und Zeitzeugenberichte, Potsdam 2005; Heft 1/3: Herausbildung des Landesverbandes Brandenburg (April bis Dezember 1990). Dokumente und Zeitzeugenberichte, Potsdam 2005; Heft 1/4 : Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung „15 Jahre PDS in Brandenburg“ 18. Juni 2005, Potsdam 2006. Herausgeber der Hefte war die AG Geschichte beim Landesvorstand der PDS.

² Siehe dazu auch die Anlage 1 zu dem vorliegenden Heft.

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|--------|---|
| AG | Arbeitsgemeinschaft, Arbeitsgruppe |
| IG | Interessengemeinschaft, Interessengruppe |
| LISA | Linke Sozialistische Arbeitsgemeinschaft |
| LV | Landesvorstand |
| PDS | Partei des Demokratischen Sozialismus |
| PDS/LL | Partei des Demokratischen Sozialismus/Linke Liste |
| PF | Plattform |
| PID | Presse- und Informationsdienst (des Parteivorstandes der PDS) |
| PLB | Potsdamer Linker Bote |
| SED | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands |
| UFV | Unabhängiger Frauenverband |

Gerlinde Grahn

Arbeits- und Interessengemeinschaften, Plattformen im Landesverband Brandenburg der Linkspartei. PDS³

Mit Beginn des Erneuerungsprozesses in der PDS setzten sich viele Parteimitglieder mit den Ursachen des Scheiterns der Politik der SED auf den verschiedenen Gebieten auseinander, bemühten sich, Ideen für neue sozialistische, demokratische Wege zu entwickeln und begannen, sich darüber mit Gleichgesinnten zu verständigen. Was bis dahin in den alten Parteistrukturen der SED nicht möglich war, dass sich Vertreter unterschiedlicher Interessengruppen innerhalb der Partei organisatorisch zusammenfinden konnten, wurde Wirklichkeit. Arbeits- und Interessengemeinschaften und Plattformen entstanden als neue Formen politischer Betätigung.

Der vorliegende Beitrag will versuchen, die Wirksamkeit der Interessen- und Arbeitsgemeinschaften im Rahmen der politischen Arbeit des Landesverbandes, im Kontext mit dem Statut der Bundespartei und der Satzung des Landesverbandes Brandenburg zu erfassen. Die konkrete Arbeit der einzelnen AG und IG soll Einzeldarstellungen vorbehalten bleiben.

1. Die Bildung und die ersten Arbeitsschritte der Arbeits- und Interessengemeinschaften bis zum Oktober 1992

Für die PDS in der DDR insgesamt hielt das erste, vom Wahlparteitag am 25. Februar 1990 angenommene Statut fest, dass im innerparteilichen Leben Offenheit und Meinungsvielfalt, demokratische Willensbildung, Abstimmung und Kontrolle, gemeinschaftliches Handeln und Solidarität gelten sollten. Die PDS wandte sich unnachsichtig gegen jegliche Formen totalitärer und monopolistischer Machtstrukturen und den daraus resultierenden bürokratischen Zentralismus und Dogmatismus.

Als grundlegende Neuerung wurde die Möglichkeit eröffnet, dass „für die Vertretung spezifischer Interessen, zum Beispiel von jungen Parteimitgliedern, Genossinnen, Parteiveteranen, Behinderten, in Betrieben artgleicher Eigentumsformen oder Produktionsstrukturen Beschäftigten ebenso wie für Parteimitglieder sorbischer und anderer Nationalität, ... innerhalb der Partei Interessengruppen und Arbeitsgemeinschaften mit eigenen Regelungen gebildet werden [können], die mit Antrags- und Einspruchsrecht ausgestattet sind.“⁴

³ Eine Reihe grundsätzlicher Hinweise zum Beitrag gaben Prof. Dr. Horst Klett und Prof. Dr. Manfred Uhlemann (†).

⁴ Partei des Demokratischen Sozialismus. Programm und Statut, Berlin 1990, S. 47-48, 50.

Zugleich wurde darauf verwiesen, dass die Basisorganisationen die wichtigsten Organisationseinheiten der Partei, und hier wiederum die in den städtischen Wohngebieten und Gemeinden, sind.

Bedingt durch den notwendig gewordenen rigorosen Abbau des Parteiapparates und der Parteistrukturen der SED mussten außerdem neue sachbezogene Organisationsformen gefunden werden, die im wesentlichen nur noch auf ehrenamtlicher Basis funktionieren konnten.

Um die Rechte und Pflichten der entstehenden Zusammenschlüsse, der Arbeits- und Interessengemeinschaften und deren eventuelle Gleichstellung mit den Basisgruppen gab es jedoch zuerst einmal heftige Diskussionen. Die Befürworter einer Gleichstellung argumentierten, dass in den IG, AG und Plattformen der Hauptteil der inhaltlichen Arbeit der Partei geleistet würde und sich zudem die jungen Mitglieder in den Basisgruppen nicht wohl fühlen würden. Andere wollten die „durchorganisierte“ Partei erhalten und nur die Basisgruppen als Strukturform gelten lassen. Für möglich gehalten wurde aber auch ein Kompromiss in der Form, dass alle Parteimitglieder in Basisgruppen organisiert sein sollten, IG und AG diesen gleichgestellt werden mit der Verpflichtung, alle Rechte und Pflichten einer Basisorganisation wahrzunehmen.⁵

Eine befriedigende Antwort auf die Frage, wie Interessengemeinschaften und Basisorganisationen gemeinsam und effektiv politische Probleme klären können, gab es jedoch damals und auch in den folgenden Jahren nicht.

Im Prozess der Formierung der SED-PDS entstanden in den Verbänden der Partei in den drei Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam und dann im Landesverband Brandenburg auf verschiedenen Ebenen Formen von Arbeits- und Interessengemeinschaften mit unterschiedlichen Bezeichnungen.

Im Januar 1990 hieß es z.B. in einer Vorlage der Kommission Frauen/Jugend/Senioren für das Präsidium des Bezirksvorstandes Cottbus der SED-PDS: „Die Parteivorstände unterstützen die Arbeit junger Genossinnen und Genossen auf allen Ebenen und fördern die Bildung der ‚Initiativgruppen junger Genossen‘ und der ‚Arbeitsgemeinschaften Frauen in der SED-PDS‘. Der Bildung von ‚Initiativgruppen Senioren‘ in allen Bereichen sind alle Möglichkeiten einzuräumen.“⁶

In dieser Zeit bildeten sich Initiativgruppen unter verschiedenem Namen im Bezirk Cottbus, so „Jugend“ beim Kreisvorstand Senftenberg, „Junge Genossen“ beim Kreisvorstand Luckau und „Kinder und Jugend“ beim Kreisvorstand Finsterwalde.

⁵ Hier sei verwiesen auf den Diskussionsbeitrag von Lutz Zywicki auf der Kreisdelegiertenkonferenz Potsdam am 22. September 1990, in: Info, Potsdam, 16. Ausgabe, S. 7.

⁶ LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 113, 114.

Beim Bezirksvorstand Cottbus wurde eine AG Jugend gebildet, der u. a. Andrea Zwiers, Silke Retzlaff und Torsten Löser angehörten.

Am 21. März 1990 fand in Cottbus ein erster Erfahrungsaustausch der Initiativgruppen „Junger Genossen“ des Bezirkes statt, auf dem inhaltliche und organisatorische Probleme beraten wurden und man sich über die nächsten Aufgaben verständigte. Zur Koordinierung der Jugendgruppen aller linken Parteien und Gruppierungen wurde eine Kontaktstelle beim Bezirksvorstand der PDS Cottbus eingerichtet.⁷

Vertreter von Arbeitsgemeinschaften „Junger Genossen“ aller drei Bezirke nahmen am ersten, von Berliner Gruppen organisierten landesweiten Treffen von Initiativgruppen und Arbeitsgemeinschaften Junger Genossen am 7. und 8. April 1990 in Berlin teil. Dieses Treffen war insofern von Wichtigkeit, weil die dort versammelten Kreis- und Bezirkssprecher die Bildung eines PDS-Jugendverbandes ablehnten und damit die Bedeutung der AG „Junge GenossInnen“ unterstrichen wurde.⁸

In einer Information des Bezirksvorstandes Potsdam an den Bundesvorstand vom 25. Mai 1990 über die Arbeit mit jungen Genossen wurde festgestellt, dass in den Kreisen Potsdam, Oranienburg, Luckenwalde, Königs Wusterhausen, Kyritz und Neuruppin Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Initiativgruppen arbeiten. Besonders wirksam sei die AG „Junge GenossInnen“ in der Stadt Potsdam, wo 45 eingeschriebene Mitglieder und 8 Sympathisanten öffentlichkeitswirksam in verschiedenen Arbeitsgruppen (u. a. Arbeitsgruppen Medien und Konzepte, Politische Aktionen und Kontakte) arbeiteten.

In der Information wurde allerdings angemerkt, dass von den Mitgliedern jegliche Vorgaben für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften von vornherein abgelehnt würden. Im Hinblick auf die Erneuerung der Partei sei eine Reihe von Jugendlichen der Auffassung, dass als Grundlage einer durchgreifenden Änderung bislang die konzeptionelle und theoretische Arbeit vernachlässigt worden sei und sie sich mehr Aktivitäten und Aktionen auf breiter Basis wünschten. In dieser Hinsicht seien die Vorstände noch zu unbeweglich und nicht flexibel genug.⁹

Am 7. Juli und 12. August 1990 führten die „Jungen GenossInnen“ ihr erstes und zweites Landestreffen in Cottbus und Potsdam durch.

⁷ LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 114.

⁷ LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 218.

⁸ Siehe auch: Chronik der PDS. 1989 bis 1997, Berlin 1998, S. 22.

⁹ LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 218.

Im Frühjahr 1990 fanden sich Frauen in und bei der PDS zur Frauenarbeitsgemeinschaft der PDS LISA¹⁰ zusammen. Dem Gründungskongress am 26. Mai 1990 in Berlin, an dem sich auch Frauen aus dem Landesverband beteiligten, war die Bildung zahlreicher Fraueninitiativen im Lande vorausgegangen. Im April 1991 konnte auf LISA-Gruppen in Bernau, Brandenburg, Gransee, Nauen, Neuruppin und Strausberg und zwei weitere Frauengruppen in Senftenberg und Cottbus verwiesen werden.¹¹ Zu den Frauen, die sich im Land besonders bei der Konstituierung und Koordinierung der Gruppen eingesetzt hatten, gehörten Petra Jänicke, Kerstin Kaiser, Karin Schröter, Viola Weinert, Ingeborg Herold und viele andere.

Der Gründungskongress hatte „Ziele und Rahmenstruktur der Lisa“¹² verabschiedet und das Anliegen der AG formuliert: „Es war das Ziel der frauenbewegten Genossinnen der PDS, durch eine autonome, von unten gewachsene Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei die Voraussetzungen für eine inhaltliche und organisatorisch völlig neue Frauenpolitik zu schaffen. Wir verstehen Frauenpolitik als einen auf die Gleichstellung beider Geschlechter zielenden Teil sozialistischer Gesellschaftspolitik, nicht aber als Teil der Sozial- oder gar Familienpolitik.“¹³

Für die Frauenpolitik der PDS im Land war die Forderung des Kongresses, die Zersplitterung der frauenpolitischen Aktivitäten zu vermeiden, von grundsätzlicher Bedeutung. Es wurde darauf orientiert, dass LISA-Gruppen mit anderen Frauengruppen und -initiativen, insbesondere des UFV¹⁴ und deren Parlamentarierinnen und den staatlichen Gleichstellungsbeauftragten zusammenarbeiten sollten.

Am 17. November 1990 fand ein landesweites Seminar der AG LISA zu Gleichstellungsfragen statt. Am 13. Januar 1991 hatte der Landeskoordinierungsrat der AG zu einem Landestreffen nach Königs Wusterhausen eingeladen, auf dem über die Weiterentwicklung der AG beraten wurde, Delegierte für den 2. Landesparteitag gewählt und Vorschläge für den neuen Landesvorstand unterbreitet wurden. Kritisch angemerkt wurde hier jedoch, dass sich bis dahin vor allem Frauen aus den Kreisen des ehemaligen Bezirkes Potsdam zusammengefunden hatten, es aber auch darum ginge, Frauen aus dem ländlichen Raum und aus den Bereichen Frankfurt (Oder) und Cottbus zu gewinnen.

¹⁰ Linke Sozialistische Arbeitsgemeinschaft

¹¹ LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 253/1.

¹² Siehe die Publikation: „Lisa“ kommt...und was meint Gregor dazu? Materialien von der Gründungsveranstaltung der Frauenarbeitsgemeinschaft „Lisa“ der PDS am 26. Mai 1990; in: LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 454.

¹³ Ebenda, S. 1.

¹⁴ Unabhängiger Frauenverband UFV - Gründung am 3. Dezember 1989 in Berlin; im gleichen Monat Bildung von Gruppen in verschiedenen Städten der drei Bezirke.

Am 8. Dezember 1991 fand ein zweites LISA-Landestreffen in Kleinmachnow statt. Dort wurden in Arbeitsgruppen u. a. Themen wie der § 218, Frauenprojekte, Frauen und Erwerbstätigkeit, die gesetzliche Vertretung der Frauen in den Kommunalparlamenten behandelt. Dieser Beratung folgte am 25. Januar 1992 eine „Frauenlagebesprechung“ in Seelow, die sich mit der konkreten Situation der Frauen in Brandenburg beschäftigte. So äußerte sich u. a. Christel Fiebiger zur Lage der Frauen in der Landwirtschaft.

Bis Ende 1991/Anfang 1992 hatte sich so die AG LISA im Lande konstituiert und eine wirksame Tätigkeit begonnen.

Am 4. Dezember 1990 bildete sich beim Landesvorstand die AG Veteranen, später AG Seniorenpolitik, die im Wesentlichen aus der ehemaligen Veteranenkommission bei der Bezirksleitung der SED Potsdam hervorgegangen war. Die AG wurde, sicher auch bedingt durch die altersmäßige Zusammensetzung der Partei, zur zahlenmäßig stärksten und eine der aktivsten im Land. In Wahrnehmung politischer Verantwortung für das Scheitern des Gesellschaftskonzepts der DDR und der Neubestimmung des Platzes der Senioren in der Gesellschaft bezogen sich die Mitglieder der Landes-AG und der AG in den Kommunen aktiv sowohl in die Beratung grundsätzlicher Probleme der Entwicklung der PDS wie die Programmdiskussionen u. ä. als auch spezieller sozialer Fragen wie Renten, Mieten u. a. ein. In vielen Orten entwickelten sich Kontakte zu anderen Vereinen, Verbänden wie der Volkssolidarität und gesellschaftlichen Einrichtungen wie den Seniorenbeiräten, die nicht nur soziale Probleme, sondern auch eine breite Palette kultureller Möglichkeiten beinhalteten.

Zur inhaltlichen Gestaltung der seniorenpolitischen Arbeit der PDS im Lande trugen wesentlich die Seniorenpolitischen Konferenzen 1991 in Bernau, 1992, 1997 und 1999 in Potsdam und 1993 in Oranienburg bei.

Zu ihren Sprechern und engagiertesten Mitstreitern gehörten vor allem Paul Holland, Prof. Dr. Lucie Haupt, Prof. Dr. Willi Hafeman, Prof. Dr. Horst Klett und Irma Hilka.

Eine erste Bilanz der Bildung von AG und IG im Landesverband konnte Heinz Vietze auf dem 1. Landesparteitag im Juni 1990 ziehen: „Für den Erneuerungsprozess ist die aktive, selbständige Arbeit der Interessengruppen und Arbeitsgemeinschaften von besonderer Bedeutung. Wenn wir davon ausgehen, dass sich eine moderne sozialistische Partei so strukturieren muss, dass sie Potenzen, Kreativität und Initiative ihrer Mitglieder voll zum Tragen bringt und damit zur demokratischen Meinungsbildung herausfordert, sind diese AG, Initiativen und Interessengruppen kein notwendiges Übel..., sondern ein wichtiger Schlüssel zur Politikfähigkeit der PDS. Wir verkennen nicht, dass die AG/IG mit ihrem kritischen Potential im Erneuerungsprozess eine wichtige

„Bremse“ für die Gefahr einer erneuten Verselbständigung von Parteistrukturen sind. Wir halten es für erforderlich, der demokratischen Mitwirkung dieser spezifischen Interessen Rechnung tragenden Form des Parteilebens mehr Möglichkeiten zur Mitwirkung am Willens-, Bildungs- und Entscheidungsprozess einzuräumen. Woraus sich Konsequenzen für die Weiterentwicklung unseres Statuts ergeben müssen. Besondere Unterstützung sollten wir den Interessengruppen geben, die sich berufsspezifisch zusammensetzen und der Interessengemeinschaft ‚PDS kommunal‘, über die ein reger Erfahrungsaustausch über die parlamentarische Arbeit zu gewährleisten ist.“¹⁵

Am 2. September 1990 fand ein Treffen von Vertretern von AG, IG und Plattformen in der PDS aus allen Ländern der DDR statt, das eine Reihe von Dokumenten annahm, in denen grundsätzliche Überlegungen zur Rolle und Tätigkeit der AG und IG entwickelt wurden, die auch in den folgenden Jahren ihre volle Gültigkeit hatten.¹⁶

In einer EntschlieÙung werden diese Gremien als selbstbestimmt und vom eigenständigen, eigenverantwortlichen und vielfältigen Engagement ihrer Mitglieder lebend, charakterisiert. „Sie sind für viele Mitglieder zum wichtigsten Betätigungsfeld und zur unmittelbaren politischen Heimat geworden, sind landesweit, zentral, regional oder lokal organisiert.

Die AG, IG und PF erweisen sich als notwendig, unverzichtbar und bereichernd für den ständigen Willensbildungsprozess in der Partei, für eine spezifische interessenbezogene Arbeit, die punktuelle Zusammenarbeit mit Bündnispartnern und die Öffnung der Partei in die Richtung einer Bewegung durch die gleichberechtigte Mitarbeit von SympathisantInnen.

Sie bilden neben der repräsentativen Vertretungsdemokratie gewählter Vorstände und Präsidien eine Möglichkeit, über alle Ebenen hinweg direkt und unmittelbar Einfluss auf den Willensbildungs- und Entscheidungsprozess zu nehmen, immer wieder sich verfestigende Strukturen in Frage zu stellen und aufzubrechen.“¹⁷

Dem Parteivorstand wurde empfohlen, auf zentraler Ebene einen Rat der Arbeitsgemeinschaften, Interessengruppen und Plattformen zu bilden und auf Parteitag und Konferenzen im Delegiertenschlüssel diese Gremien stärker zu berücksichtigen.

Ausgehend vom DDR-Treffen wurde empfohlen, in allen Ländern der DDR ähnliche Treffen durchzuführen. Ziele sollten sein:

- das Zusammenwirken der AG, IG und Plattformen mit den Präsidien und Vorständen auf Länder- und Kreisebene zu organisieren;

¹⁵Auszug aus dem Referat Heinz Vietzes auf dem 1. Landesparteitag der PDS Brandenburg, Potsdam, 17. Juni 1990, in: LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand Heinz Vietze Nr. 54.

¹⁶ Leider konnten außer den genannten EntschlieÙungen keine weiteren Hinweise auf die Beratung ermittelt werden. Auch die Chronik der PDS. 1989 bis 1997, Berlin 1998 nimmt darauf keinen Bezug.

- die notwendigen materiellen, finanziellen und personellen Voraussetzungen für deren Tätigkeit zu schaffen; die Bildung eines Arbeitskreises AG, IG, PF; die Berücksichtigung entsprechender Delegiertenmandate zu Tagungen, Konferenzen und Landesparteitagen;
- die Durchführung gemeinsamer Aktionen wie: ständige Projekte, Wahlkampf, Unterstützung anderer Regionen und Kreise, v. a. mit PDS-Initiativen in der BRD;
- Organisierung des Erfahrungsaustausches, des Literaturvertriebs und eines Informations- und Kommunikationssystems.

Viele der Empfehlungen fanden Eingang in die Arbeit des Landesverbandes mit den AG, IG und Plattformen.

Der 2. Landesparteitag im Januar 1991 in Kleinmachnow forderte alle Delegierten auf, sich in Arbeitsgemeinschaften beim Landesvorstand zu engagieren. Davon ausgehend, entwickelten sich bis zum Sommer 1991 schon bestehende AG und Kommissionen zu ständigen Einrichtungen beim Landesvorstand und wurden neue AG und IG auf den verschiedenen Ebenen gebildet.¹⁸

Das spiegelte sich in einer Umfrage der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit beim Landesvorstand in den Kreisverbänden im April 1991 wider:¹⁹

AG Junge GenossInnen mit 15 Gruppen und drei mit ihnen sympathisierende Jugend- AG/IG

AG LISA mit sechs Gruppen und zwei weiteren Frauengruppen

AG Senioren mit 21 Gruppen

AG Gesundheit und Soziales mit zwei Gruppen

AG Landwirtschaft mit zwei Gruppen

AG Wirtschaft mit sieben Gruppen

AG Ökologie mit fünf Gruppen

AG Recht mit drei Gruppen

AG Parlamentarische Arbeit mit vier Gruppen

AG Bildung/Pädagogen mit neun Gruppen

AG Politische Bildung/Programm und Statut mit neun Gruppen

AG Öffentlichkeitsarbeit mit vier Gruppen

Außerdem genannt wurden als weitere AG/IG in Bernau „Demokratisierung und Strukturen“, Brandenburg „Entrüstung“, Finsterwalde „Konversion“, Forst „Außerparlamentarische Arbeit“, Frankfurt (Oder) „Organisation/Partei“ und Schwedt „Lebenshilfe“.

¹⁷ LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 52.

¹⁸ Der Landesvorstand hatte in seiner Sitzung am 23./24. Februar 1991 sachbezogene Arbeitsgruppe gebildet, deren Verantwortliche zumeist Sprecher der entsprechenden AG und IG waren, in: LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 314/1, Sitzung vom 23./24. Februar 1991.

Im April 1991 wurde schließlich durch Margitta Mächtigt und Prof. Dr. Bernhard Gonnermann die AG Umwelt gegründet,²⁰ die sich zu einer der aktivsten und am weitesten in die Gesellschaft hineinwirkenden AG entwickelte. So wurden Kontakte zu verschiedenen Naturschutz- und Umweltverbänden und -initiativen aufgebaut.²¹ Seit 1993 führte sie Veranstaltungen durch und gab Veröffentlichungen heraus zu wichtigen umweltpolitischen Themen wie zum ökologischen Umbau der Gesellschaft, zum Umweltschutz, zur Grünen Gentechnik, zur Komplexität der Nachhaltigkeit u. a. Die fünf ökologischen Konferenzen und der „Grüne Sommer der PDS“ waren besonders öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen.

Im Ergebnis der Umfrage vom April 1991 konnte dem Landesvorstand in seiner Sitzung am 25./26. Mai 1991, die die 2. Tagung des 2. Landesparteitages in Cottbus vorbereitete, erstmals ein Bericht über die bisherige Tätigkeit der IG und AG im Land vorgelegt werden.²² Darin informierten die einzelnen AG/IG über ihre Konstituierung, den Arbeitsstand, Probleme ihrer Tätigkeit und weitere Arbeitsrichtungen und Projekte.

So wies u. a. die AG Wirtschaft mit ihrem Sprecher Ralf Christoffers darauf hin, dass einer der ersten Schwerpunkte ihrer Arbeit die Gründung einer landesweiten IG Betrieb/Gewerkschaftsarbeit gewesen sei.²³

Generell konnte der Bericht feststellen, dass die Arbeit der „Arbeitsgruppen“²⁴ zu ausgewählten Politikfeldern angelaufen sei. Der Weg des eigenverantwortlichen Wirkens von ehrenamtlichen Arbeitsgruppen zu ausgewählten Politikfeldern habe sich als der richtige und unter den Bedingungen des fast vollständigen Abbaus des ehemaligen Parteiapparates als einzig möglicher erwiesen.

Anzahl und Grad der Mitwirkung von Mitgliedern aus den Kreisverbänden, die Planmäßigkeit der Arbeit, die Zusammenarbeit mit den Abgeordneten und Mitarbeitern der Fraktion im Landtag, mit Organisationen, Parteien und Bewegungen sowie die Nutzbarkeit der Arbeitsergebnisse seien differenziert zu betrachten. Die Unterschiede in den vorliegenden Arbeitsergebnissen resultierten u. a. aus den noch nicht ausreichenden Erfahrungen in der Organisation der ehrenamtlichen

¹⁹ LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 253/1.

²⁰ Von 1995 bis 2006 war Dr. Annemarie Kersten Sprecherin der AG, ab 2006 sind Sprecher Peter Engert und Christian Remer.

²¹ So wurde die AG 2000 Mitglied der Grünen Liga und ist seit deren Gründung Mitglied der Schutzgemeinschaft Brandenburger Alleén.

²² LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 314/3.

²³ Am 1. Juni 1991 war in Hannover eine bundesweite AG „Gewerkschaftspolitik bei der PDS“ gegründet worden, s. Meinhard Meuche-Mäker: Die PDS im Westen 1990-2005: Berlin 2005, S. 42. In deren Rahmen spielten sich wesentliche Aktivitäten auch der Mitglieder des Landes-AG „Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“ ab. Die gegenwärtig bestehende AG gründete sich allerdings erst im Oktober 2000.

²⁴ Die Terminologie ist am Anfang noch recht unterschiedlich. So wird synonym von Zusammenschlüssen, Arbeitsgruppen, Arbeits- und Interessengemeinschaften und von Kommissionen gesprochen.

Arbeit, der Suche nach einer effektiven Arbeitsweise, des Arbeitsinhalts bzw. von Projekten. Die Verflechtung der Arbeit der Gruppen mit den Arbeitsschwerpunkten der Landtagsfraktion und der anderen Fraktionen der PDS begann sich erst herauszubilden.

Den Rahmen für das Wirken der IG und AG legte das Statut der Partei fest, das auf der 2. Tagung des 2. Bundesparteitages im Juni 1991 beschlossen und in der Urabstimmung im August/September des gleichen Jahres bestätigt wurde. Allerdings wird auch dort nicht klar zwischen den verschiedenen Strukturformen, ihren Rechten und Beziehungen zueinander unterschieden. So hat jedes Mitglied das Recht, sich mit anderen Mitgliedern eigenständig in Plattformen, Fraktionen, Foren u. ä. zu vereinigen. Im Weiteren heißt es, dass die Mitglieder Organisationen der Basis sowohl nach dem Wohnortprinzip als auch nach bestimmten politischen Themenfeldern oder sozialen Interessen bilden können.

Ein gesonderter Abschnitt bezieht sich auf Zusammenschlüsse innerhalb der Partei. Dort wird festgehalten, dass Mitglieder und Gruppen der Partei das Recht haben, sich in regionalen und bundesweiten Zusammenschlüssen zu vereinigen, die sich auf der Basis von gemeinsamen spezifischen sozialen Interessen, bestimmten politischen Themen- und Tätigkeitsfeldern oder Weltanschauungen bilden. Ihre Tätigkeit muss sich im Rahmen der Grundsätze der politischen Programmatik der Gesamtpartei bewegen und prinzipiell offen und öffentlich sein.

Analog für den Landesverband Brandenburg und fast wortgleich wurde ein Abschnitt „Zusammenschlüsse“ in die Satzung des Landesverbandes von 1992 aufgenommen. In den folgenden Jahren gab es dazu keine Veränderungen.²⁵

Da nicht eindeutig ausgesprochen wird, welche Organisationsformen unter „Zusammenschlüssen“ verstanden werden, ist die Formulierung „Zusammenschlüsse sind keine Gliederungen der PDS im Sinne des Statuts“ zumindest irritierend. Zumal ihnen finanzielle Mittel der PDS zur Erfüllung ihrer Vorhaben in Aussicht gestellt werden.²⁶

2. Die AG, IG und Plattformen zwischen dem Oktober 1992 und November 2003

Bis zum Sommer 1991 hatten sich die meisten der AG und IG konstituiert, Arbeitsprogramme entwickelt und erste Vorhaben verwirklicht. Als am 30. Oktober 1992 in Potsdam ein Treffen von Vertretern landesweiter Arbeitsgruppen und von Zusammenschlüssen stattfand, war in gewisser

²⁵ Die Satzung wurde auf dem 2. Landesparteitag, 3. Tagung verabschiedet. Änderungen und Ergänzungen erfolgten 1994, 1998 und 2001.

²⁶ Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Statut. Schiedsordnung. Rahmenwahlordnung; o.O., o.D., S. 38, 39-40, 42.

Weise die Gründungsphase abgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt bestanden die AG bzw. IG Bildung/Schule, EntRüstung, Wirtschaft, Umwelt, Gesundheit/Soziales, Kommunalpolitik, AusländerInnen, SeniorInnen, LISA, Junge GenossInnen, Programm/Geschichte/Politische Bildung und Neues Denken²⁷.

Beraten wurden Arbeitserfahrungen der vergangenen zwei Jahre und ein „Vorschlag zur Arbeitsweise der Arbeitsgemeinschaften im Landesverband Brandenburg der PDS“.²⁸ Der Vorschlag wurde vom Landesvorstand am 21./22. November 1992 bestätigt und der 1. Tagung des 3. Landesparteitages im Januar 1993 zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Beschluss enthielt eine Reihe von Überlegungen, die vor allem die effektive Zusammenarbeit von Landesvorstand, Landtagsfraktion, Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüssen betrafen.

So wurde vorgeschlagen, dass bei allen Landesvorstandssitzungen ein ständiger Punkt „Information zur Arbeitsgruppenarbeit und Situation in den Zusammenschlüssen“ vorgesehen werden sollte, bei dem diese über ihren aktuellen Arbeitsstand und Projekte informieren und Probleme klären sollten. Für die Koordinierung der Zusammenarbeit und darüber hinaus den Kontakt zu den Kreisverbänden, Regionalgeschäftsführern und der Landtagsfraktion sollte der Landesgeschäftsführer verantwortlich sein.

Hervorgehoben wurde, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion unbedingt verbessert werden müsse. „Jede/jeder Abgeordnete sollte die Arbeitsgruppen des Landesvorstandes nach seinen Möglichkeiten unterstützen...

Selbstverständlich muss es werden, dass die Arbeitsgruppen und Zusammenschlüsse von der Fraktion in deren Arbeit einbezogen werden. Das erleichtert beiden Seiten das politische Wirken. Beispielsweise sollte ein gegenseitiger Austausch über die nächsten Vorhaben erfolgen, sollten die Abgeordneten bemüht sein, die Arbeitsgruppen und Zusammenschlüsse in Gesetzgebungsvorhaben oder auch mal die Haushaltdebatte einzubeziehen.

Entsprechende Absprachen dazu sind durch den Landesgeschäftsführer und den Parlamentarischen Geschäftsführer regelmäßig zu treffen und sollten auch in entsprechende Arbeitsvorlagen des Landesvorstandes und der Fraktion Eingang finden.“

²⁷ Die AG Neues Denken wurde auf Anregung der von Ingeborg Philipp vertretenen Gruppe von Christen in der PDS gegründet. Ihr schlossen sich marxistische Wissenschaftler wie Prof. Gerhard Ruben und Wolfgang Preller an. Siehe auch den Beitrag von Wolfgang Preller im vorliegenden Heft.

²⁸ 3. Landesparteitag Brandenburg. PDS, 23. und 24. Januar 1993 in Neuruppin. Landesweite Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüsse der PDS Brandenburg stellen sich vor. LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 257/3.

Dem Landesvorstand wurde die Erarbeitung eines Strategiepapiers für seine politische Arbeit empfohlen, in das die Vorstellungen der Arbeitsgruppen und Zusammenschlüsse aus ihren Arbeitsgebieten einfließen sollten.

Zur Arbeitsweise der Arbeitsgruppen und Zusammenschlüsse wurde angeregt, dass sie den Landesvorstand regelmäßig über den aktuellen Arbeitsstand und Arbeitsvorhaben informieren. Hervorgehoben wurde schließlich die Notwendigkeit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit der Arbeitsgruppen und Zusammenschlüsse.

Diese Anregungen fanden allerdings in der Folge nur begrenzt Eingang in die Arbeit der verschiedenen PDS-Strukturen im Land.

Im Herbst 1994 erarbeitete eine Arbeitsgruppe des Landesvorstandes in Vorbereitung des 4. Landesparteitages eine „Analyse zur politischen Wirksamkeit der PDS Brandenburg“. Grundlage war eine Befragung aller Kreisvorstände zur Mitgliederstatistik, zu Strukturfragen auf allen Ebenen des Landesverbandes, der politischen und Bildungsarbeit allgemein, der Arbeit des Landesvorstandes, des Landesparteirates sowie zur Information und Kommunikation im Landesverband.

Die Arbeitsgruppe setzte sich in der Analyse kritisch mit der Situation im Landesverband auseinander. Neben der Anerkennung der positiven Ergebnisse der Arbeit vor allem in den Parlamenten wurde darauf hingewiesen, dass „die Meinungs- und Entscheidungsfindung zu Strategie und Taktik der Partei, also zu langfristigen Entwicklungsrichtungen der PDS, von Oppositionspolitik und Veränderung von Gesellschaft,“ unterentwickelt sei.²⁹

Zusammenschlüsse, AG und IG fanden keine Erwähnung.

In der Auswertung der 4. Tagung des 4. Landesparteitages im November 1996 im Landesvorstand musste der damalige Landesvorsitzende Wolfgang Thiel einschätzen, dass die Arbeitsgemeinschaften an der Vorbereitung von Materialien für den Parteitag nur wenig oder gar nicht beteiligt waren.³⁰

Nach ihrer Gründungsphase leisteten vor allem die AG Bildung/Schule, Umweltpolitik, Senio-rInnen, LISA, Junge GenossInnen, Internationale Arbeit und Programm/Geschichte/Politische Bildung eine umfangreiche und landesweit wirksame Arbeit.

So brachten sich die „Jungen GenossInnen“ insbesondere in den Jahren 1994/1995 selbstbewusst und mit viel jugendlichem Eifer in die Diskussion grundsätzlicher Fragen im Landesverband ein.

²⁹ LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 263/1.

³⁰ LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 319/3, Sitzung vom 17. November 1996.

Am 10. November 1994 fand in der AG Geschichte auf Initiative von Helmuth Markov, damals Landesvorsitzender der PDS, eine Diskussion zu Grundfragen der mittelfristigen Politik des Landesverbandes statt. Dabei ging es um eigenständige Reformvarianten für das Land in Alternative zur SPD, aber auch um eine eventuelle Regierungsmitverantwortung. Im Ergebnis der Beratung wurden Schwerpunkte formuliert, die mit den Kreisvorsitzenden und dem Landesparteirat diskutiert und Mitte Dezember 1994 unter dem Titel „Quo vadis Brandenburg? – Thesen für die Diskussion im Landesverband Brandenburg“ in Vorbereitung des 4. Landesparteitages in Oranienburg im Februar 1995 veröffentlicht.³¹

Das Diskussionspapier rief ein breites Echo im Landesverband hervor. Insbesondere die Mitglieder der AG „Junge GenossInnen“ waren mit vielen der dort vertretenen Überlegungen nicht einverstanden. Sie setzten dem ein eigenes Papier unter dem Titel „Klima für radikale Veränderungen schaffen – Thesen für den Landesparteitag der PDS am 25./26. 02. 1995, Oranienburg“ entgegen.

Auf dem Parteitag ergab sich eine kontroverse Diskussion, die nicht beendet werden konnte. Es wurde eine „Thesenkommission“ gebildet³², die nach dem Landesparteitag die Diskussion an der Basis weiterführte.

Auf der folgenden zweiten Tagung des 4. Parteitages legte die Kommission einen Bericht vor und gab in einem Leitantrag „Opposition konkret – Politische Aufgaben der PDS Brandenburg 1996“ Empfehlungen.

Im Mittelpunkt der Diskussion hatten gestanden: das Verhältnis von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition, das Verhältnis der PDS zu anderen politischen Parteien, Gewerkschaften, Vereinen, gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen, die Brandenburger Reformvariante sowie Opposition und / oder Regierungsbeteiligung.

In seinem Referat auf dem gleichen Parteitag schätzte der Landesvorsitzende Wolfgang Thiel ein, dass die Diskussionen die theoretische Arbeit innerhalb des Landesverbandes äußerst belebt und insgesamt zur Erhöhung der Politikfähigkeit der PDS Brandenburg beigetragen hätten.

Zugleich merkte er an, dass nicht alle Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt seien, was er als Ergebnis der Komplexität und Kompliziertheit der Situation wertete.³³

³¹ Bericht von Dr. Kurt Libera auf der 1. Tagung des 4. Landesparteitages am 25./26. Februar 1995, Oranienburg, in: LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 263/1.

³² Der „Thesenkommission“ gehörten an: Dr. Kurt Libera (Leitung), Uwe Birkholz, Erich Dannehl, Peter Hertzfeldt, Prof. Dr. Horst Klett, Frank Hübner, Lydia Hübner, Dr. Artur Pech, Dr. Edeltraud Radochla, Jura Schöder, Dr. Karin Schröter, Uwe Schwarz, Halina Wawzyniak, Viola Weinert und Birgit Wöllert. Siehe LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 265/1.

³³ LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 267.

Unterschiedliche Auffassungen blieben bestehen u. a. zum Oppositionsverständnis, zur Regierungsbeteiligung, zu inner- und außerparlamentarischen Aktivitäten, zur Wahrnehmung von „Bürgerinteressen“, d.h. zur Frage, welche Bürgergruppen sich überhaupt von der PDS vertreten lassen wollen.

Nach dem Parteitag ging die Diskussion im Landesverband zwar weiter, doch die „Thesenkommission“ beendete ihre Tätigkeit.

Die AG „Junge GenossInnen“ stellte im Februar 2001 ihre Tätigkeit ein. Die Gründe wären im Einzelnen im Beitrag über die AG darzustellen. Ursache für das Ende liegen sicher auf verschiedenen Ebenen. Zum einen waren ihre Mitglieder häufig Studenten, die nach Studienabschluss ihren bisherigen Wirkungskreis verließen. Zum anderen entstanden zwei neue Organisationsformen: im Juni 1999 der PDS-nahe Jugendverband [solid'] und im April 2004 die „PDS-Jugend Berlin-Brandenburg“ abweichend von dem im April 1990 auf dem landesweiten Treffen getroffenen Entschluss, keine PDS-Jugendorganisation zu gründen.

In den Jahren ihres Bestehens zwischen 1990 und 1998 leistete die AG LISA eine anspruchsvolle, vielseitige und über die Grenzen des Landes Brandenburg hinweg wirkende Frauenarbeit. Auf Landestreffen der AG und in Seminaren wurden Probleme behandelt, die sehr viele Frauen, gleich welcher politischen Orientierung berührten. Das waren vor allem Fragen der sozialen Lage der Frauen im Land, Frauenarbeitslosigkeit und -armut, die Gleichstellungsproblematik, Gewalt gegen Frauen und die Einführung des § 218 auch in den neuen Bundesländern.

Höhepunkte waren sicher das bundesweite Frauenfest am 20. März 1993 in Potsdam mit über 1000 Gästen aus verschiedenen Organisationen und Bewegungen und die Bundestreffen der AG ebenfalls in Potsdam.

Sehr bedauerlich ist, dass die landesweite AG LISA 1998 ihre Arbeit einstellte. In welchem Umfang noch Gruppen im Lande arbeiten, konnte nicht festgestellt werden. Dadurch, dass sehr viele Frauen aus dem Arbeitsprozess gedrängt wurden und sie nur wenige gesellschaftliche Kontakte in ihrem Lebensumfeld haben, wäre die politische und soziale Arbeit auf der kommunalen Ebene hier besonders wichtig, neben der Arbeit in den existierenden Frauenorganisationen.³⁴

Am 17. November 1996 bestätigte der Landesvorstand in einem Beschluss die AG Energiepolitik, EntRüstung, Frauenarbeitsgemeinschaft "LISA", Geschichte, Internationale Arbeit, Junge Ge-

³⁴ Anzumerken ist, dass sich Mitte 2006 in Potsdam eine Initiativgruppe zur Wiederbelebung von LISA zusammenfand.

nossInnen, Neues Denken, SeniorInnen, SorbInnen, Two in One³⁵ und Umweltpolitik beim Landesvorstand, außerdem die Kommunistische Plattform, die bis zur Gegenwart bestehen. In Präzisierungen, die die 1. Tagung des 5. Bundesparteitages im Januar 1997 zum Statut vornahm, wurde in dem entsprechenden Abschnitt das Recht der Parteimitglieder eingefügt, „in Arbeits- und Interessengemeinschaften mitzuwirken und selbst welche zu initiieren.“ Hinsichtlich anderer Organisationsformen wurde aber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass „Arbeitsgruppen, Kommissionen und Ausschüsse, die von Organen der Partei als deren Arbeitsstrukturen gebildet werden, ... keine Zusammenschlüsse ... [sind].“³⁶

Die Eigenständigkeit der Mitglieder bei der Bildung von AG und IG in der Partei unterstrich die Ergänzung zum Statut, die die 3. Tagung des 6. Bundesparteitages im April 2001 vornahm und festlegte: „Arbeits- und Interessengemeinschaften zeigen ihre Bildung und ihr Wirken dem Vorstand der Gliederung, in welcher sie aktiv sind bzw. werden wollen, an.“³⁷

Mit dem Wegfall der Bundestagsfraktion im Herbst 2002 ging der PDS vorerst eines ihrer wichtigsten Kompetenzzentren verloren. Das stellte für die Partei eine große Herausforderung dar. Neben den Landtagsfraktionen hätten die bestehenden Arbeits- und Interessengemeinschaften eine gewisse Basis darstellen können, um diesen Verlust zu kompensieren. Im Landesverband wären das v. a. die AG und IG Energiepolitik, Lausitzforum³⁸, Umweltpolitik³⁹ und Internationale Arbeit gewesen, auf die sich die Partei hätte stützen können. Dass dieses Potenzial erkannt und genutzt worden wäre, ist leider nicht erkennbar.

3. Die AG und IG und die Debatten um die Parteireform

Im Juli 2000 beschäftigte sich der Landesvorstand im Zusammenhang mit Überlegungen der Kommission innerparteiliche Entwicklung zur Struktur- und Personalentwicklung des Landesverbandes unter anderem auch mit den IG und AG. Festgestellt wurde, dass die IG und AG als Organisationsformen mit einer relativen Eigendynamik einen unverzichtbaren Platz in der Arbeit des Landesverbandes einnehmen. Zugleich wurde angemerkt, dass sie keine „homogene“ oder gar hierarchische Struktur besitzen, ihre Mitgliederzahl nicht konstant, im Wesentlichen rückläufig sei. Typisch sei das Agieren auf Landesebene, ohne dass es adäquate IG und AG auf Kreis-

³⁵ Schon 1990 hatte sich beim Parteivorstand eine AG Lesben und Schwule in der PDS zusammengefunden, zu deren Mitbegründern Harald Petzold gehörte.

³⁶ Partei des Demokratischen Sozialismus. Programm und Statut, Berlin 1997, S. 30, 35.

³⁷ Partei des Demokratischen Sozialismus. Statut, Berlin 2002, S. 8.

³⁸ Siehe u.a. LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 321/2, Sitzung vom 12. April 1997.

ebene gibt. Ihre Rechte nach Statut und Satzung würden sie nicht in dem gleichen Maße wahrnehmen wie andere Basisorganisationen. Vorgeschlagen wurde, dass sich der nächstfolgende Parteitag und insbesondere die Satzungskommission mit folgenden Problemen befassen sollten:

- der Überarbeitung der Landessatzung hinsichtlich der Konstituierung, Zusammensetzung, territorialer Präsenz und Arbeitsweise der IG und AG;
- Präzisierung der Aufgaben der Landesgeschäftsstelle im Zusammenhang mit der Arbeit der IG und AG und der Kommunikation zwischen ihnen;
- Überarbeitung und Durchsetzung der Finanzrichtlinien, um die Arbeit der IG und AG sicherzustellen, um aber auch Mehrfachfinanzierungen auszuschließen.⁴⁰

Im „Leitbild für eine Parteireform im Landesverband der PDS Brandenburg“, das der 2. Tagung des 8. Landesparteitages am 29./30. November 2003 in Blossin vorlag, wurde dann lediglich festgestellt. „IG's und AG'n: Engagiert aber ebenfalls häufig ohne Rückkoppelung zu den regionalen Parteigliederungen und den Fraktionen.“⁴¹ Es wurden weder eine ernsthafte Analyse der Situation in den IG und AG noch Überlegungen dazu vorgelegt, wie die Möglichkeiten dieser Organisationsformen effektiver genutzt und stärker in die Strukturen der Partei eingebunden werden können.

Das Problem, dass sich IG und AG an bestimmten Orten des Landes konzentrieren, hat sowohl inhaltliche als aber auch personelle Hintergründe. Wünschenswert wäre es allerdings, wenn sich solche AG wie Antifaschismus/Rechtsextremismus⁴², Umweltpolitik, Geschichte auf AG in den Kreisen stützen könnten. Die inhaltlichen Probleme, die von diesen AG eigentlich zu behandeln wären, stehen in allen Kreisen. Hier aber neue Strukturen anzustreben, wäre in Anbetracht der gegenwärtigen und zukünftigen personellen Situation in der PDS, unrealistisch. Die Lösung kann wahrscheinlich nur darin bestehen, dass sich PDS-Mitglieder, wie das ja schon verschiedentlich geschieht, sachbezogen in andere Organisationen einbringen.

Offen blieben in der Betrachtung der Kommission Parteistruktur vom Jahre 2000 zwei weitere wesentliche Gesichtspunkte – zum einen die Zusammenarbeit mit bzw. Integration in bundesweite AG, IG und ähnliche Gremien bzw. länderübergreifend innerhalb der PDS. Zum anderen waren das die Beziehungen der AG und IG zu nicht PDS-nahen Vereinen und Bewegungen außerhalb der PDS, wie z.B. die der AG Umweltpolitik zum NABU und anderen Vereinigungen.

³⁹ Siehe u.a. Kompetenzzentren der PDS. Arbeits- und Interessengemeinschaften. In: Die Zeitung, Oktober 2002, S. 4-5

⁴⁰ Friedemann Bär: Thesen zur Struktur- und Personalentwicklung des Landesverbandes Brandenburg der PDS – im Auftrag der Kommission für innerparteiliche Entwicklung, in: Landesvorstandssitzung vom 7. Juli 2000.

⁴¹ Protokoll des 8. Landesparteitages, 2. Tagung..., S. 50.

Der 9. Bundesparteitag wählte im Oktober 2004 eine neue Statutenkommission, die sich entsprechend den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen mit der inneren Organisation der PDS beschäftigen sollte.⁴³ Einer der Schwerpunkte der Arbeit der Kommission waren die AG und IG, wobei vorgeschlagen wurde, das Statut dazu in der bisherigen Fassung zu belassen.

Mit einer vom Parteitag zu verabschiedenden Ordnung sollten die Rechte und Pflichten der bundesweiten thematischen Zusammenschlüsse klarer definiert werden. Ziel war es, das Fachwissen und die politischen Aktivitäten der teilweise nebeneinander arbeitenden Strukturen zu bündeln und noch mehr als bisher für die PDS nutzbar zu machen. Dafür sollte die materielle und logistische Unterstützung für AG und IG durch den Parteivorstand festgeschrieben und ihnen Delegiertenmandate anhand ihrer Größe, Festigkeit und Bedeutung zuerkannt werden. Es sollten aber auch die politischen Vorhaben für das jeweilige Jahr abgefragt werden.

Besondere Debatten entspannen sich um die Delegiertenmandate sowohl der AG und IG hinsichtlich ihrer oft geringen Größe im Vergleich zu Basisorganisationen und dem Recht von Plattformen, Strömungen, Fraktionen und Foren auf Delegiertenmandate.

Diese Diskussion macht deutlich, dass das schon Anfang 1990 debattierte Problem des effektiven Zusammenwirkens zwischen AG/IG, den Basisorganisationen und anderen Parteistrukturen nicht befriedigend geklärt und entsprechend im Statut verankert wurde. Nur unterstützen kann man Halina Wawzyniaks Feststellung: „Die IG und AG stehen für inhaltliche Schwerpunkte der politischen Arbeit. Sie sollten die Fachleute der Partei auf dem jeweiligen Gebiet sammeln und vorwiegend den Kontakt zu Bewegungen und Vereinigungen, die ebenfalls auf dem jeweiligen Gebiet tätig sind, vor allem in inhaltlichen Fragen halten.“⁴⁴ Allerdings fehlt hier der Kontext zur Wirksamkeit der Basisorganisationen, die gegenwärtig häufig überaltert sind, oft nur noch geringen Einfluss in den Wohngebieten und kaum Anziehungskraft auf junge Menschen haben.

Analog den Überlegungen auf Bundesebene wäre die Tätigkeit der AG und IG auf Landesebene zu analysieren, wären ihre Arbeitsvorhaben zu planen, untereinander abzustimmen und systematischer in politische Arbeit des Landesverbandes zu integrieren. Ein Anfang wurde mit der Beratung der Geschäftsführerin des Landesvorstandes am 10. Juni 2006 gemacht, der eine erste Analyse der AG und IG vorausgegangen war.

⁴² Die 1999 gegründete AG kam offensichtlich nur wenig zur Wirkung, so dass 2004 eine Neugründung mit Silvia Hauffe als Sprecherin erfolgte.

⁴³ Siehe dazu u.a. Halina Wawzyniak: Um Mehrheiten kämpfen, statt auf sicheres Mandat verlassen. Über die neue Ordnung für Interessen- und Arbeitsgemeinschaften, in: Disput 1-2004, S. 9; Erneuerung des Statuts bringt mehr Rechte und mehr Transparenz. In: Potsdamer Linker Bote Nr. 384 vom 5. April 2005.

Schlussbemerkungen

Einige der AG, IG und Plattformen wie Betrieb und Gewerkschaft, Energiepolitik, Geschichte, Internationale Arbeit, Lausitzforum, Schule, SeniorInnen, Umweltpolitik sind zu nicht zu übersehenden Bestandteilen der politischen Wirksamkeit der PDS im Lande geworden.

Andere AG und IG wie AusländerInnenpolitik, Asyl- und Flüchtlingspolitik, Gesundheit und Soziales, Land- und Forstwirtschaft, Wirtschaft, Ökologie, EntRüstung, Friedenspolitik/Konversion, Demokratie/Recht/Verfassung, Parlamentarische Arbeit, Kunst und Kultur, Sport, Wissenschaft und Innerparteiliche Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit existierten nur kurze Zeit. Ihre inhaltlichen Probleme wurden z. T. von anderen AG und IG bzw. von Arbeitskreisen in der Landtagsfraktion bzw. von PDS-nahen Vereinen weiter bearbeitet.

So wurden z.B. mit der Gründung des „kommunalpolitischen forums Land Brandenburg“ e.V. im Jahre 1991 von diesem die Aufgaben der AG Parlamentarische Arbeit/Kommunal- und Regionalpolitik übernommen und in wesentlich erweitertem Rahmen weitergeführt.

Die Behandlung wichtiger inhaltlicher Schwerpunkte wie Wissenschaft, Kultur und Kunst sowie Sport durch entsprechende Gremien ist offensichtlich auf der Strecke geblieben

Entwickelt hat sich die Zusammenarbeit mit bzw. Integration in bundesweite AG/IG bzw. länderübergreifend: So wirkt die AG Betriebsarbeit und Gewerkschaft, wie schon weiter oben beschrieben, im wesentlichen im Rahmen der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft. Ähnliches ist für den Problemkreis nationale Minderheiten zu verzeichnen, wo die ursprünglich gegründete AG SorblInnen nicht wirksam wurde. Durch Dr. Renate Harcke, die zu den Mitbegründern und Sprechern der bundesweiten AG Ethnische Minderheiten gehört, die sich u. a. mit der nationalen Minderheit der Sorben beschäftigt, wird diese Aufgabe wahrgenommen.

Die AG Geschichte arbeitet eng mit der Historischen Kommission beim Bundesvorstand und der „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ Brandenburg e.V. zusammen.

Das Lausitzforum praktiziert eine gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen den Landesverbänden Brandenburg und Sachsen.

Man kann also feststellen, dass sich die AG, IG und Plattformen als gegenstandsbezogene Organisationsformen im Laufe der Jahre im Landesverband im wesentlichen bewährt haben und auch in der neuen linken Partei ihren Platz haben werden..

⁴⁴ Halina Wawzyniak: Um Mehrheiten kämpfen, statt auf sicheres Mandat verlassen. Über die neue Ordnung für Interessen- und Arbeitsgemeinschaften, in: Disput 1-2004, S. 9.

Gerlinde Grahn

Entstehung und Tätigkeit der AG Geschichte

Für die Delegierten des Außerordentlichen Parteitages der SED/PDS im Dezember 1989, unter denen sich auch Vertreter aus den drei Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam befanden, war zweierlei klar. Zum einen war die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und der SED, die vom Stalinismus geprägt war, für die Partei von existentieller Bedeutung. Zum anderen waren zukünftige Ziele und aktuelle politische Aufgaben in einem neuen Parteiprogramm zu formulieren und grundlegende strukturelle Veränderungen im Parteaufbau in einem neuen Statut festzuhalten.

Die Auseinandersetzung um die jüngere Geschichte widerspiegelt eine wesentliche Entwicklungslinie der PDS von der SED zu einer Partei des demokratischen Sozialismus. Hierbei galt es, die Frage nach den Ursachen für das Scheitern des in der DDR verfolgten Weges mit neuen Erkenntnissen zur Gestaltung einer sozial gerechten demokratischen Gesellschaft zu verbinden. Mit dem Ende der DDR im Oktober 1990 ergab sich ein grundlegend veränderter Rahmen für die Diskussion.

Im Frühjahr 1990 hatte sich, unter Beteiligung von Brandenburger Historikern, beim Bundesvorstand der PDS eine Historische Kommission konstituiert.

Die Gründungsmitglieder erklärten, dass es für die PDS kein parteioffizielles Geschichtsbild mehr geben solle. Das Streben nach Wissenschaftlichkeit und Objektivität schließe unterschiedliche Herangehens- und Sichtweisen ein und mache Meinungspluralität erforderlich.

Im Februar 1991 wurde beim Landesvorstand Brandenburg ein inhaltlich weitreichender Politikbereich Programm/Statut/innerparteiliche Bildung eingerichtet⁴⁵ und als dessen Sprecher Dr. Kurt Libera benannt. Als erstes arbeiteten die Mitglieder des Bereichs Helmut Hauck, Dr. Kurt Libera und Wolfgang Preller „Grundsätze für die Ausarbeitung eines bildungspolitischen Konzepts des Landesvorstandes Brandenburg der PDS“⁴⁶ aus.

In diesen war u. a. formuliert: „Im Rahmen der politischen Bildung, der Erneuerung der Partei, der Aufbereitung ihrer Geschichte ist es wichtig, Fragen der Geschichte (ihrer Erforschung) der örtlichen regionalen Arbeiterbewegung zu beachten. Um diese spezifische Aufgabe – anknüp-

⁴⁵ Siehe Landesvorstandssitzung vom 1. Februar 1991, in: LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 314/1.

⁴⁶ PDS. Landesinfo, Ausgabe 4/91 vom 12. März 1991, S.9-10, in: LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand Druckschriften, Nr. L 201.

fend an vorhandene Forschungsergebnisse bei notwendiger kritischer Verwendung – weiterzuführen, wird eine „Historische AG“ – beim Parteivorstand Brandenburg der PDS gebildet.“⁴⁷

Am 14. April 1991 fand sich unter Leitung von Dr. Kurt Libera eine aus 10 Historikern bestehende Initiativgruppe zur Bildung einer Historischen Kommission zusammen.

Analog dazu bildete sich am 18. April 1991 eine Initiativgruppe für eine Arbeitsgruppe Programm/Statut/innerparteiliche Bildung beim Landesvorstand, der sieben Wissenschaftler angehörten.⁴⁸

Aus beiden konstituierte sich am 8. Mai 1991 die AG Programm/Geschichte/innerparteiliche Bildung, die ihren Arbeitsschwerpunkt in „programmatischen Fragen“ sah.

Der Arbeitsgruppe schlossen sich in Potsdam Historiker wie Dr. Werner Bethge, Prof. Dr. Kurt Finker, Dr. Almuth Püschel, Dr. Fritz Reinert, Christa Schneider, Joachim Schulz und Prof. Dr. Manfred Uhlemann an, die sich zu diesem Zeitpunkt zu kleinen Gruppen zur Pflege antifaschistischer Traditionen und der Potsdamer Stadtgeschichte zusammengefunden hatten.⁴⁹ In den folgenden Jahren kamen weitere Historiker und Archivare wie Marianne Draeger, Dr. Gerlinde Grahn und Dr. Rosemarie Preuß hinzu.

In Vorbereitung des 2. Teiles des 2. Landesparteitages im Juni 1991 in Cottbus wurde von der AG eine Analyse der bildungspolitischen Aktivitäten in den Kreisen angeregt, über deren Ergebnis allerdings keine Informationen vorliegen.

Eine knappe Einschätzung der Situation auf dem Gebiet der innerparteilichen Bildungsarbeit war dem „Konzept der bildungspolitischen Arbeit im Landesverband“ vorangestellt, dass die AG Anfang September 1991 vorlegte. Darin wurde konstatiert, dass einerseits das Bedürfnis der Mitglieder nach inhaltlichen Diskussionen wachse, andererseits aber vorliegende programmatische Dokumente nur wenig bekannt seien.

Als Arbeitsschwerpunkte wurden deshalb vorgeschlagen:

„- Neue Bedingungen des politischen Wirkens der PDS, aus der internationalen Situation abgeleitete strategische Konsequenzen für das Wirken und die Programmatik der PDS,

⁴⁷ LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 81. Die Datierung für die Konstituierung beider Gruppen Geschichte und Programm/innerparteiliche Bildung weicht in den Dokumenten voneinander ab. So wird im Bericht der AG an die 2. Tagung des 2. Parteitages vom Juni 1991 für die Konstituierung der Gruppe „Programm/innerparteiliche Bildung“ der 17. März 1991 und für eine Initiativgruppe „Historischer Arbeitskreis der PDS im Land Brandenburg“ der 3. März 1991 genannt, in: LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 253/1.

⁴⁸ Aus einem Bericht von Dr. Kurt Libera, Sprecher des Politikfeldes Programm/Statut/Innerparteiliche Bildung vom 19. April 1991, in: LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 81.

⁴⁹ Im Bericht der AG Programm/Geschichte/ innerparteiliche Bildung über Aktivitäten in der Zeit zwischen der 2. und 3. Tagung des Landesparteitages, vom 27. Februar 1992, in: LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 81, wird von 25 Mitgliedern, fast ausschließlich aus dem Potsdamer Raum gesprochen.

- Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik, ökonomische Strategie der PDS,
- Demokratie, Demokratieverständnis und ihre Bedeutung im Prozess gesellschaftlicher Veränderungen und Bedingungen (Reform – Revolution? quantitative – qualitative Prozesse),
- Ziel der PDS – gesellschaftliche Verhältnisse demokratisch-sozialistischer Struktur,
- die PDS als eine der linken sozialistischen Parteien, was ist ihr Selbstverständnis (Weltanschauungspartei? sozialistische, marxistische Partei? machtanstrebende Partei? Traditionen der Partei? SED als reaktionäre Partei? u. a.),
- die Ursachen der Niederlage des Sozialismus (DDR und international), gibt es Bewahrens-wertes?
- Gleichstellungsfragen – Feminisierungsproblematik – weiterführende theoretische Problemstellungen.

Es ist davon auszugehen, dass jedes einzelne Problemfeld zugleich auch historische Aspekte der Geschichtsaufarbeitung enthält.“⁵⁰

Um das Konzept im Landesverband umsetzen zu können, war gemeinsam mit dem Landesvorstand und den Kreisen ein entsprechender organisatorischer Rahmen innerhalb der Partei und in ihrem Umfeld zu schaffen. Die AG war, unter Beibehaltung eines Aktivs in der Landeshauptstadt, landesweit auszubauen. Aus dem Land Brandenburg kamen u. a. Manfred Augustiniak, Marlies Breimann, Helmuth Hirthe, Christa Horstmann, Lisa Riedel und Günther Rodegast hinzu, die in ihren Bereichen eine aktive Geschichtsarbeit leisteten.

Generell über die Jahre blieb es jedoch problematisch, Interessierte aus dem Land in die Arbeit der AG beim Landesvorstand einzubeziehen und das Zusammenwirken zwischen entsprechenden AG und Einzelpersonen bei den Kreisvorständen und der Landes-AG zu organisieren.

Von der Gruppe wurden im Frühjahr 1991 erste Schritte unternommen, um einen PDS-nahen politischen Bildungsverein zu schaffen, die mit der Gründungsversammlung des Brandenburger Vereins für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ e.V. am 6. Juli 1991 realisiert wurden.⁵¹

In der Folgezeit wurden kooperative Arbeitsbeziehungen zwischen der AG und dem Bildungsverein, bei Beachtung der eigenverantwortlichen und parteienunabhängigen Rolle des Vereins, entwickelt. Der Rosa-Luxemburg-Verein wurde zum Hauptträger linker bildungspolitischer Arbeit im Lande.

⁵⁰ LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 81.

⁵¹ Siehe dazu u.a. den erwähnten Bericht Dr. Kurt Liberas vom 19. April 1991, in: LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV Nr. 81; „Konzept für die politische Bildung im Landesvorstand Brandenburg der PDS“ der AG Geschichte/Programm/innerparteiliche Bildung vom 5. September 1991. in: LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 81.

Im Februar 1992 konnte die AG feststellen,⁵² dass unter ihrer aktiven Mitwirkung wichtige Schritte zur Umsetzung des bildungspolitischen Konzepts getan wurden. Ihr Hauptanliegen war es, die Diskussion des neuen Parteiprogramms an der Parteibasis zu unterstützen. So erarbeitete eine von ihr gebildete Referentengruppe Argumentationen zu inhaltlichen Schwerpunkten der Programmdiskussion wie zu den globalen Prozessen der Gegenwart, zur aktuellen Situation in Deutschland, zu sozialistischen Visionen und zum Selbstverständnis der Partei.

Die Gruppe führte über 40 Veranstaltungen in Basisorganisationen und auf Kreisebene durch, in denen die o. g. inhaltlichen Schwerpunkte im Mittelpunkt standen. Von der AG festgestellt wurde aber, dass eine „gewisse Stagnation des Verlaufs der Geschichtsaufarbeitung in der PDS“ zu verzeichnen sei, die im Zusammenhang mit der Programmdiskussion zu überwinden sei.

Die am 14. März 1992 in Fürstenwalde durchgeführte Landesprogrammkonferenz zog eine erste Bilanz des Verlaufes der Programmdiskussion und stellte fest, dass sie ein wichtiger Schritt im Prozess der Erneuerung der Partei war.

Auf der 1. Tagung des 3. Landesparteitages im Januar 1993 in Neuruppin gab Prof. Dr. Horst Klett als einer der Sprecher der AG einen ausführlichen Bericht über den Inhalt der im Lande geführten Programmdiskussion. Besonders hervor hob er die Debatten um das Parteienverständnis, das Sozialismusbild als Ziel und Wertessystem und die Ursachen für das Scheitern des Sozialismus-Versuchs. Als positiv wertete er, dass mit der Programmdiskussion in der Partei der Anschluss an die internationale Diskussion der Linken, vor allem in Europa, zu programmatischen Fragen erreicht wurde. Zugleich machte er deutlich, dass es auf viele Fragen noch keine Antworten gäbe und die Diskussion z.B. zum Verhältnis sozialer und ökologischer Entwicklung, zu Demokratisierung und radikalen Reformen, zu Eigentumsfragen, zur Feminisierung der Gesellschaft fortgesetzt werden müsse.⁵³

Vertreter des Landesverbandes vermittelten die Beratungsergebnisse aus dem Land auf der Bundesebene und waren aktiv an der Gestaltung des Parteiprogramms beteiligt. So gehörte Dr. Kurt Libera als Vertreter des Landesverbandes Brandenburg der Grundsatzkommission beim Bundesvorstand an, die gleichzeitig als Programmkommission wirkte. Prof. Dr. Horst Klett arbeitete an Teilthemen der Programmkommission mit. Prof. Dr. Horst Klett und Dr. Kurt Libera waren Delegierte des 3. Bundesparteitages im Januar 1993, der das neue Parteiprogramm be-

Zum Bildungsverein siehe auch: Herbert Burmeister: Wie es mit dem Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg e.V.“ begann, in: Potsdamer Linker Bote Nr. 264 vom 27. Juni 2000.

⁵² Siehe dazu Bericht der AG Programm/..., vom 27. Februar 1992, a.a.O.

⁵³ 3. Landesparteitag PDS Brandenburg, 23. und 24. Januar 1993 in Neuruppin. Dokumente Heft 4. Protokoll, S. 55-58.

schloss. Mit der Annahme des Parteiprogramms betrachtete die AG eine ihrer ersten wesentlichen Aufgaben als erfüllt.

In den folgenden Jahren brachten sich die Mitglieder der AG weiter aktiv in die Klärung theoretischer und praktisch-politischer Probleme im Landesverband ein. Ein Beispiel aus dem Jahr 1993 möge das verdeutlichen.

Im Oktober 1993 gab die Sprechergruppe eine Erklärung zu einer Publikation der Kommunistischen Plattform⁵⁴ ab. Aus der Erklärung soll hier etwas ausführlicher zitiert werden, weil daraus grundsätzliche Positionen der AG ersichtlich sind, die bis zur Gegenwart Gültigkeit haben. „Wir entnehmen aus dieser Veröffentlichung, dass die Autoren viele Fragen der jüngeren Geschichte der sozialistischen und Arbeiterbewegung sowie der Parteien in diesem Umfeld aufwerfen, Standpunkte dazu äußern, die von Interesse sind und die alle bewegen, denen das Schicksal dieser Bewegung in Vergangenheit und Gegenwart Herzenssache ist.

Das akzeptieren wir, hier bringen auch wir uns ein, zumal in der PDS, vor allem in der programmatischen Diskussion, weiterhin nach Antworten zu offenen Fragen gesucht wird...

Andererseits halten wir politische Aussagen und Wertungen in der genannten Publikation für sehr fragwürdig, mehr noch, als eine im hohem Maße politisch unsachlich geführte Debatte zu Grundpositionen anderer linker Kräfte und Parteien.

Das betrifft vor allem die gesamte Problematik des Stalinismus, die von den Positionen der Autoren als Denunziation des sozialistischen Versuchs und zugleich der kommunistischen Ideale, ihrer wissenschaftlichen Grundlagen sowie ihrer Anhänger bezeichnet wird. In diesem Sinne Andersdenkende werden der gemeinsamen Positionen mit dem Rechtskonservatismus bezichtigt. Ebenso können wir die Betrachtungen und Konzepte der Autoren nicht teilen, die sie – wiederum in Polemik mit anderen linken Parteien und Persönlichkeiten – zur Sozialismusproblematik in Vergangenheit und Gegenwart führen. Wenn in diesem Zusammenhang Begriffe wie ‚politische Scharlatanerie‘ und ‚ideologische Appeasementpolitik‘ in die Polemik eingeführt und diese Polemik weitergeführt wird bis zur Gemeinsamkeit mit der Totalitarismuskonzeption, dies zugleich als der erbrachte Beweis angesehen wird, dass dies ‚allerdings offener Antikommunismus ist‘, dann hat dies unseres Erachtens allerdings nichts mehr mit einer sachlichen Polemik zu tun...

⁵⁴ Ellen Brombacher/Rolf Priemer/Heinz Stehr/Sarah Wagenknecht: Zu Aspekten des ‚modernen‘ Antikommunismus. Die Publikation war aus verschiedenen Anlässen in Brandenburg verteilt worden.

Als Arbeitsgruppe des Landesvorstandes Brandenburg der PDS werden wir weiterhin um den sachlichen Disput bei der Aufarbeitung unserer Geschichte und uns bewegender Fragen ringen. In unseren eigenen Reihen wie auch im Verhältnis zu andersdenkenden linken Kräften.“⁵⁵

Am 23. April 1994 veranstaltete die AG in Potsdam eine „Landeskonferenz für politische Bildung in der PDS“. ⁵⁶ Sie war ein Erfahrungsaustausch über Inhalt und Formen politischer Bildung in den Basisorganisationen nach der Programmdiskussion und den Wahlkämpfen 1993. Inhaltliche Fragen waren vor allem die Entwicklung der PDS zu einer modernen sozialistischen Partei, die Demokratieproblematik, linke Opposition und politische Macht.

Eine wichtige Forderung der Beratung war es, die politische Bildung, entsprechend der Sozial- und Altersstruktur der Partei, differenzierter zu gestalten. Nur ein mehr oder weniger großer Teil der Mitgliedschaft sei an Bildungsarbeit interessiert bzw. dazu in der Lage. Das wurde schon am Teilnehmerkreis der Konferenz selbst deutlich – von den eingeladenen 43 Kreis- und Gebietsvorständen nahmen nur acht an der Veranstaltung teil und nur von drei Kreisen gab es Hinweise auf dort existierende AG zur bildungspolitischen Arbeit. Die landesweite Tagung verzeichnete insgesamt nur 28 Teilnehmer, darunter allein 14 Wissenschaftler, vorwiegend aus Potsdam.

Die Konferenzteilnehmer waren sich einig, dass nichts dem Selbstlauf überlassen werden dürfe, sondern nach einem System der Bildungsarbeit gestrebt werden müsse.

Es solle zwar keine Orientierung auf eine allgemeine Mitgliederschulung mehr geben, aber Themenangebote, methodische Hinweise zu Diskussionschwerpunkten, Referentenkollektive und eventuell auch Bildungshefte, möglicherweise in Zusammenarbeit mit dem Rosa-Luxemburg-Verein, wurden als praktikable Möglichkeiten der Bildungsarbeit vorgeschlagen.

Nach der Konferenz wurde, als ein Versuch, von der AG auf der Basis der Diskussionen in der Grundsatzkommission beim Bundesvorstand ein Material zur politischen Bildung im Landesverband „Linke Opposition und politische Macht“⁵⁷ herausgegeben, das auch für die folgenden Debatten um die Thesen des Landesvorstandes „Quo vadis Brandenburg“ von Bedeutung sein sollte.

Nach der Programmdiskussion und verschiedenen Wahlkämpfen Mitte der neunziger Jahre stand die Debatte um den zukünftigen politischen Kurs des Landesverbandes, die weit über den Rahmen der AG hinausgehen musste, an. Sie vollzog sich vor allem in der Diskussion um das Thesenpapier „Quo vadis Brandenburg?“, die auch von den Mitgliedern der AG aktiv mitgestaltet wurde.

⁵⁵ LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 343/1.

⁵⁶ LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 343/1.

Im März 1996 beschloss die AG Geschichte/Programm/Politische Bildung, ihr Wirken in der bisherigen Form einzustellen.⁵⁸ In einem Antrag an die vierte Tagung des 4. Landesparteitages Oktober 1996 wurde die Anerkennung einer AG Geschichte entsprechend der Landessatzung empfohlen. In der Begründung des Antrags wurde hervorgehoben, dass die bisherige AG Programm /Geschichte/ politische Bildung den Landesvorstand auf diesen drei Gebieten wirkungsvoll unterstützt habe. Zukünftig solle die stärkere Konzentration auf die Beschäftigung mit wesentlichen Problemen der Geschichte der SED und der DDR erfolgen. Kritisch angemerkt wurde, dass die Aktivitäten der AG zu stark auf dem Potsdamer Raum begrenzt geblieben seien. Im Weiteren sollten möglichst viele Historiker und historisch Interessierte landesweit in die Arbeit einbezogen werden.⁵⁹

In einer von Prof. Dr. Kurt Finker entwickelten Konzeption formulierte die AG ihre Aufgaben. Es sollte vor allem um die Verbreitung von Lehren der Geschichte, insbesondere die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und der DDR gehen, Lehren aus der Vergangenheit seien zu ziehen und für die Politik der PDS nutzbar zu machen. Die AG sah sich der Erfüllung von Aufträgen des Landes- und der Kreisvorstände hinsichtlich geschichtswissenschaftlicher Aspekte der praktisch-politischen Arbeit und der Unterstützung der politischen Bildung und der Traditionspflege im Landesverband verpflichtet. Zugleich wurde unterstrichen, dass die Arbeitsgruppe ihre Arbeit wissenschaftlich selbständig und unabhängig, leiste, sich aber politisch grundsätzlich an den Beschlüssen der Bundes- und Landesparteitage der PDS orientiere und ihre Aufgabe darin sieht, an der Realisierung dieser Beschlüsse auf ihrem speziellen Arbeitsgebiet mitzuwirken.⁶⁰

Die weitere Arbeit fand Gestalt in Konferenzen und Publikationen, mit denen ein möglichst breiter Kreis von Parteimitgliedern und politisch und historisch Interessierten auch außerhalb der PDS erreicht werden sollte. Beabsichtigt war, auf aktuellen Forschungen beruhende neue Einsichten in die Geschichte der eigenen sozialistischen Bewegung zu vermitteln und zu kritischen Diskussionen über Erfolge und Misserfolge anzuregen. Zugleich war den Bestrebungen entgegenzuwirken, das nunmehr bestimmende bürgerlich-kapitalistische Geschichtsbild durchzusetzen und sozialistische Geschichtsauffassungen zu delegitimieren. Dazu leisteten Mitglieder der

⁵⁷ Ebenda

⁵⁸ Schreiben Dr. Kurt Libera an den Vorsitzenden des Landesverbandes der PDS, Wolfgang Thiel vom 3. März 1996, in: LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 343/2.

⁵⁹ 4. Tagung des 4. Landesparteitages der PDS Brandenburg. Anträge zum Thema „Lausitz“, zur „Innerparteilichen Entwicklung“ und weitere Materialien. Heft. In: LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 269/1.

⁶⁰ LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 343/2.

Arbeitsgemeinschaft mit regionalgeschichtlichen Forschungen und mehreren Publikationen ihren Beitrag.

Schon 1994/1995 hatten Themen des Neubeginns 1945/1946, so zum 60. Jahrestag der Befreiung und der Vereinigung von KPD und SPD im Mittelpunkt gestanden. Im Zusammenhang damit startete die AG unter dem Titel „Auf dem Wege der Erneuerung. Dialog in der PDS“ im März 1995 eine Publikationsreihe⁶¹, die zur Diskussion über unterschiedliche Auffassungen und Wertungen historischer Ereignisse und Persönlichkeiten anregte und der Darlegung eines pluralistischen Geschichtsbildes Raum bot. Mit der Hinwendung zum Dialog in der Partei wollte man sich bewusst von der Geschichtsbetrachtung der SED und dem alten DDR/SED-Geschichtsbild verabschieden. In den Heften fanden Erfahrungen und Erkenntnisse, die sich aus Zeitzeugenbefragungen, neu zugänglichen Archivadokumenten und der veränderten gesellschaftlichen Situation ergaben, Eingang in neue Wertungen historischer Ereignisse. Dabei ergab sich häufig ein Spannungsfeld zwischen dem in den Dialogheften dargelegten wissenschaftlichen Erkenntnissen zur inhaltlichen Unterstützung der Geschichtsarbeit des Landesvorstand und der Akzeptanz des Inhalts der Veröffentlichungen in den Basisorganisationen in den Kreisverbänden.

Autoren waren u. a. Prof. Dr. Kurt Finker, Dr. Fritz Reinert, Dr. Kurt Libera, Dr. Dieter Scheermann, Prof. Dr. Manfred Uhlemann.

Das erste große geschichtspropagandistische Projekt waren die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Befreiung, die gemeinsam mit dem Landesvorstand, der Landtagsfraktion, dem Rosa-Luxemburg-Verein und in Abstimmung mit anderen gesellschaftlichen Organisationen wie der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft und dem VVN/BdA gestaltet wurden.⁶²

Anlässlich dieses Ereignisses fand am 8. April 1995 im Kulturhaus Seelow eine wissenschaftliche Konferenz des Landesverbandes Brandenburg, der Fraktion im Landtag und des Rosa-Luxemburg-Vereins statt. In Vorbereitung der Konferenz war das erste Dialogheft unter dem Titel

⁶¹ „Auf dem Weg der Erneuerung. Dialog in der PDS“, Landesverband Brandenburg: Heft 1: 8. Mai 1945 – Tag der Befreiung. 1995. Heft 2: Bodenreform 1945 in Brandenburg. 1995. Heft 3/1-2: Vereinigung von SPD und KPD in der Provinz Brandenburg 1946. 1996. Heft 4: Die russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? . 1997. Heft 5/1-2: Entwicklung der SED zur „Partei neuen Typus“ Stalinscher Prägung in den Jahren 1948/49. Ereignisse und Problemstellungen. Beiträge zur Geschichte. 1998. Heft 6: nicht als Veröffentlichung der AG erschienen. Heft 7: Zur „Doppelbiographie der Bundesrepublik“. 1999. Heft 8: Traditionen der Arbeiterbewegung und die PDS-Programmatik. 2000. Heft 9: Preußen 2001. Tendenzen der Interpretation seines Bildes (Thesen). 2001. Heft 10/1-2: Der 17. Juni 1953 in Brandenburg. 2003. Heft 11: Zum antifaschistischen Widerstand in Potsdam und der Provinz Brandenburg 1933-1945. 2004. Heft 12: Gute Nachbarschaft zwischen Deutschland, Polen und Tschechien – Vergangenheit und Zukunft. 2004. Heft 13: Der 8. Mai 1945 – Chancen für ein neues Deutschland. 2005.

⁶² Landesvorstandssitzung vom 17. Dezember 1994, in: LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 343/2.

„8. Mai – Tag der Befreiung“ erschienen. Zehn Jahre später wurde die Thematik mit dem Dialogheft 13 „Der 8. Mai 1945 – Chancen für ein neues Deutschland“ erneut aufgegriffen.

Im Zusammenhang mit der fünfzigjährigen Wiederkehr der Vereinigung von SPD und KPD im April 1946 legte die AG eine vom Landesvorstand bestätigte Konzeption der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung einer Reihe von Maßnahmen vor.⁶³ Der Jahrestag wurde zum Anlass genommen, um die Geschichte der Vereinigung beider Parteien wissenschaftlich vorurteilsfrei und ohne alle Tabus zu untersuchen und darzustellen. Damit wurde ein Beitrag geleistet zu einer differenzierteren Sicht auf die Geschichte der SED im Land Brandenburg.

Zum Selbstverständnis innerhalb der PDS führte die AG am 11. Oktober 1995 ein Kolloquium mit Zeitzeugen und Historikern durch. Die Thematik wurde auf einer wissenschaftlichen Konferenz „Vereinigung – gewollt oder gesollt?“ am 24. Februar 1996, die der Landesvorstand, die Landtagsfraktion und der Rosa Luxemburg-Verein gemeinsam gestalteten, in größerem Rahmen weiter diskutiert. Vor allem anhand lokaler und regionaler Quellen wurden die Entstehung der SED im Land Brandenburg und deren Einfluss auf die spätere Gestaltung der DDR untersucht. In den folgenden Jahren wurden für die geschichtspolitische Bildungsarbeit im Landesverband weitere Anregungen zur kritischen Bewertung der Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus 1948/1949 und zur russischen Revolution von 1917 vermittelt. Schwerpunkte waren dabei die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus, insbesondere mit dem Einfluss leninistischer und stalinistischer Partei- und Revolutionsauffassungen sowie die Ausschaltung sozialdemokratischer Traditionen in der Entwicklung der SED.

Auf einer landesweiten Beratung am 30. Januar 1999 wurden eine kritische Bilanz der Arbeit der AG seit der Neukonstituierung nach dem 4. Landesparteitag gezogen und die weiteren Aufgaben im Rahmen der vom 6. Bundesparteitag angeregten zweiten Programmdiskussion festgelegt. Innerhalb des Landesverbandes wurden die Gründung der DDR und der BRD und die vierzigjährige Zweistaatlichkeit in Deutschland in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt. Hier wurde deutlich gemacht, dass es sich um eine Doppelbiographie der Bundesrepublik Deutschland handelt und die Bürger beider deutscher Staaten ihren Anteil an der Geschichte haben. Deutlich gemacht wurde, dass zwei Wege eines erforderlichen Neubeginns nach dem Hitlerfaschismus möglich waren, beide System Vorzüge, Geburtsfehler und andauernde Defizite hatten. Diese Überle-

⁶³ Landesvorstandssitzung vom 20. Mai 1995, in: LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 343/2 und vom 7. Oktober 1995, in: Nr. 318/4.

gungen fanden sich in der Folge in unterschiedlichen Aktivitäten der AG, v. a. in ihrer Publikationsstätigkeit, wieder.⁶⁴

Zu den Traditionen der Arbeiterbewegung und der PDS-Programmatik fand im April 2000 mit den Historikern Prof. Klaus Kinner, Prof. Heinz Niemann und Prof. Siegfried Prokop in Potsdam eine Diskussionsveranstaltung statt. Sie vermittelte zahlreiche Anregungen, über Wurzeln und Traditionen, über Wege, Zweck, Mittel und Ziele der Partei nachzudenken.

Von Bedeutung für die Öffentlichkeitswirksamkeit der AG war die gemeinsame Beratung von Mitgliedern der AG mit der Redaktion des „Potsdamer Linken Boten“ am 12. Januar 1999. Dort kam man überein, dass die von der AG im „Potsdamer Linken Boten“ zu veröffentlichenden Artikel helfen sollten, die politische Bildung der einzelnen PDS-Mitglieder zu vertiefen, den politischen Dialog in den Basisorganisationen zu unterstützen und zur Klärung der Positionen der PDS als sozialistischer Partei in der BRD beizutragen.⁶⁵

So fand z.B. in der zweiten Jahreshälfte 2000, durch Beiträge von Vertretern der AG angeregt, eine Diskussion im „Potsdamer Linken Boten“ um den Charakter der Ereignisse 1989/1990 in der DDR statt. Diese Diskussion war sehr wichtig für die Meinungsfindung innerhalb der Potsdamer Parteiorganisation, blieb allerdings auch nur auf diese beschränkt.⁶⁶

Aus aktuellem Anlass und insbesondere zur Unterstützung der Arbeit der Landtagsfraktion und der PDS-Fraktionen in den Kommunalparlamenten lud die AG am 25. Februar 2000 zu einem Meinungsaustausch über die „Lage der Zwangsarbeiter im Land Brandenburg während der faschistischen Diktatur und Schlussfolgerungen für die politische Arbeit“ ein. Der Einladung waren u. a. die Bundestagsabgeordnete und Innenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Ulla Jelpke und die Historiker Prof. Dr. Dietrich Eichholtz und Dr. Almuth Püschel gefolgt, die wichtige Anregungen zur Erforschung der Zwangsarbeit vermittelten und über den Stand der Entschädigung der Opfer informierten. Im Anschluss an diese Beratung wurde zur Unterstützung der historisch-politischen Arbeit im Lande ein Faltblatt zur Thematik in mehreren Tausend Exemplaren im Lande verbreitet.

Über den Erhalt und die weitere inhaltliche Gestaltung der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals diskutierte die AG mit Historikern und anderen Interessierten am 25. Mai 2000. Ziel der Beratung war es, gesicherte und neue Erkenntnisse über die Tagung von 1933 zu vermitteln und Vorstellungen über die Perspektive der Gedenkstätte zu entwickeln, nachdem der Branden-

⁶⁴ S. u.a. Dialogheft 7, Beiträge im PLB.

⁶⁵ Schulz PLB Nr. 228.

⁶⁶ S. u.a. PLB Nr. 277, 278, 279.

burgische Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur Reiche im April 1998 im Landtag eine finanzielle Unterstützung abgelehnt hatte.

Im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 wurden von der AG im Landesverband einige Vorhaben angeregt und gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Landtagsfraktion realisiert. Das waren vor allem ein Dialogheft, gestaltet von Dr. Dieter Scheermann, Beiträge zu Veranstaltungen anderer Institutionen, z.B. der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Senftenberg und Artikel in der Presse. In einer internen Diskussionsveranstaltung der AG mit dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion ging es um eine inhaltliche Verständigung über den Charakter des 17. Juni – „Arbeiteraufstand“ – „konterrevolutionärer Putsch“ – Massenprotest von Arbeitern und anderer sozialer Gruppen und um die Positionen, die die PDS in der Öffentlichkeit vertritt.

Ausgehend von der vom Bundesvorstand herausgegebenen zentralen Chronik der PDS, begann innerhalb der AG im Frühjahr 1994 die Beschäftigung mit der Geschichte des Landesverbandes. Ein erster Schritt war die Erarbeitung der „Chronik der PDS im Land Brandenburg“.⁶⁷

Nach längerer Diskussion in der AG wurde dem Landesvorstand im Oktober 2001 eine Konzeption für einen Sammelband „Zur Geschichte der PDS Brandenburg“ vorgelegt und von diesem bestätigt.

Der Sammelband sollte sowohl dem Selbstverständnis der Mitglieder als auch der Darstellung der Entwicklung der Partei seit 1989/1990 für die Öffentlichkeit dienen, ein lebendiges Bild von der Wirksamkeit in den unterschiedlichen Bereichen vermitteln und Erfolge, aber auch Misserfolge und Fehler sichtbar machen. Dargestellt werden sollten das Ringen um die programmatische Orientierung im Landesverband Brandenburg als Teil der Gesamtpartei und die Spezifik des Wirkens im Land. Ergänzt werden sollte der Band durch einen Quellenteil und eine überarbeitete Chronik. Eine systematische Darstellung der Geschichte der PDS im Land Brandenburg war hingegen noch nicht beabsichtigt.

Sehr bald stellte sich jedoch heraus, dass es an Mitarbeitern zur Realisierung des Projektes mangelte und das Vorhaben in der geplanten Form noch nicht zu realisieren war. So wurde im Februar 2004 die Herausgabe einer Schriftenreihe "Zur Geschichte der PDS in Brandenburg" vorgeschlagen, die in Gestalt einzelner kleiner Hefte der Konzeption zum Sammelband folgen, aber vorerst weniger umfassend sein und „Vorarbeiten“ für einen Sammelband liefern soll.

⁶⁷ „Chronik der PDS im Land Brandenburg“: Teil 1 1989 – 1994. Potsdam 1995. Teil 2 1995 – 1999. Potsdam 2000.

Die Realisierung begann mit einem ersten Heft in Vorbereitung des Kolloquiums zum 15. Jahrestag der PDS Brandenburg im Juni 2005.⁶⁸ Das Kolloquium war ein Blick zurück auf 15 Jahre PDS im Land und zugleich eine erste Zwischenwertung des Standes ihrer Erforschung.

Auf Grund ihrer personellen Situation ergab es sich, dass sich die AG ab Ende 2004 in ihrer Arbeit nur noch auf einige wenige Projekte konzentrieren konnte. Im Mittelpunkt steht die Erforschung der Geschichte der PDS im Land Brandenburg. Überlegungen gibt es darüber hinaus zur Erarbeitung einer Dokumentation über sowjetische Gräberstätten und Ehrenmale im Land Brandenburg, die den Abgeordneten vor allem im kommunalen Bereich als Handreichung dienen könnte.

⁶⁸ Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg. Heft 1/1: Das Jahr 1989. Heft1/2: Von der SED zur PDS (Januar bis März 1990). Heft 1/3:Herausbildung des Landesverbandes Brandenburg (April bis Dezember 1990). Potsdam 2005, Heft 1/4: Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung „15 Jahre PDS in Brandenburg“ 18. Juni 2005

Wolfgang Preller

Die Arbeitsgemeinschaft Neues Denken

Seit Anfang 1990 bemühte sich vor allem Ingeborg Philipp, Kandidatin des Landesverbandes der PDS Brandenburg für die bevorstehenden Bundestagswahlen, um die Aufnahme von fruchtbaren Kontakten zwischen linken Christen und Marxisten.

Mit dem Zusammenbruch der als realer Sozialismus bezeichneten Gesellschaften begann eine vielfältige Suche nach gesellschaftlichen Perspektiven.

In genau dieses Ringen ordnete sich der Versuch eines neuen Dialoges von Christen und Marxisten ein.

Vieles, was für immer als unumstößlich angesehen worden war, weil den „Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung“ folgend, erwies sich als fragwürdig und war neu zu durchdenken. Toleranz gegenüber anderen, auch religiösen Auffassungen war angesagt. Die geistige Enge der SED-Ideologie sollte gesprengt werden.

Ein qualvoller, langwieriger Prozess begann, handelte es sich hier doch um grundlegende theoretische und weltanschauliche Probleme, die programmatisch bestimmend waren, mit denen sich aber in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen nur ein kleiner Kreis beschäftigte.

Noch im September 1991, nach dem Augustputsch in der Sowjetunion, trat Ingeborg Philipp als Vertreterin der AG „Christen – Marxisten“ Brandenburg hervor.

Wesentliche Impulse für ein neues Herangehen an die Betrachtung der grundlegenden Prozesse historischer Entwicklung waren für viele Genossinnen und Genossen das mit dem Namen Michail Gorbatschow verbundene Konzept des Neuen Denkens und der Perestroika.

Angeregt von Ingeborg Philipp nahm die sich herausbildende AG wohl gegen Ende des Jahres 1991 den Namen Neues Denken an.

Erstmalig findet sich die Bezeichnung PDS. Neues Denken in einem von Ingeborg Philipp vorgelegten Thesenpapier „Zehn Grundsätzen zum Frieden Innen und Außen“ für die zweite Tagung des 2. Landesparteitages am 8./9. Juni 1991.⁶⁹ Aus den durchgesehenen Unterlagen ist allerdings nicht ersichtlich, wann genau die AG Neues Denken diesen Namen annahm. Auf der dritten Tagung des 2. Landesparteitages im März 1992 in Strausberg, der sich u. a. mit der Arbeit der AG und IG beschäftigte, wurde dann das „Neue Denken“ als AG bestätigt.

⁶⁹ LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 253/4.

Auf dem Strausberger Parteitag brachte Ingeborg Philipp einen Antrag mit einem „Angebot für die programmatische Diskussion“ ein, der von der Mehrheit der Delegierten angenommen wurde.⁷⁰

Neben einer kleinen Gruppe von Christen um Ingeborg Philipp waren es von Beginn an die marxistischen Wissenschaftler Ilse und Helmut Hauck aus Kleinmachnow, die sich aktiv an der Herausbildung und später an der Tätigkeit der AG beteiligten. Ihnen schlossen sich weitere marxistisch orientierte Wissenschaftler wie Prof. Dr. Gerhard Ruben und Wolfgang Preller an.

Die Möglichkeiten der AG vergrößerten sich wesentlich nachdem Ingeborg Philipp Mitglied der Abgeordnetengruppe im Bundestag geworden war.

So konnte sich die AG auf vier wissenschaftlichen Konferenzen zu Wilhelm Weitling mit den christlichen Wurzeln des modernen Sozialismus befassen.

Die ersten beiden Konferenzen standen unter dem Motto : „Sozialismus nur eine Vision?“.

Die 1. Konferenz am 9. Januar 1993 in Potsdam war dem Leben und Wirken Weitlings gewidmet.

Es sprachen unter anderem die bekannte Weitlingforscherin Prof. Dr. Waltraud Seidel-Höppner zu Leben und Wirken Wilhelm Weitlings, Prof. Dr. Gerhard Ruben von der AG zu dessen Bemühen um ein wissenschaftliches Weltbild und Ingeborg Philipp über Weitlings Bedeutung für die sozialistischen Ideen bis zur Gegenwart.⁷¹ An der Diskussion beteiligten sich unter anderem Prof. Dr. Lothar Bisky, Dr. André Brie sowie Klaus Körner von der „christlichen Linken“.

Die 2. Weitling-Konferenz fand am 18./19. September des gleichen Jahres wiederum in Potsdam statt. Die Veranstalter hatten es sich zur Aufgabe gemacht, das Werk Wilhelm Weitlings in die Geschichte progressiver gesellschaftlicher Visionen vom Mittelalter bis zur Gegenwart einzuordnen und zum weiteren Nachdenken über die Verwirklichung einer menschlichen und gerechten Gesellschaft anzuregen. Es sprachen Dr. Helga Bär, die eine Dissertation zu Weitling erarbeitet hatte, die Theologieprofessoren Gert Wendelborn (Rostock) und Heinrich Fink (Berlin) sowie Dr. Michael Brie und Dr. Gregor Gysi von der PDS.

Die 3. Weitling-Konferenz am 28. Mai 1994 in Heidelberg trug den Titel „ Sozialist sein und Christ sein geht das?“. Dazu sprachen Hannelis Schulte, Theologin aus Heidelberg, Prof. Dr. Michael Schumann aus Potsdam, Ingeborg Philipp aus Brandenburg und Carl-Jürgen Kaltenborn aus Berlin.

Die 4. Konferenz am 29. Oktober 1994 im Geburtsort von Wilhelm Weitling in Magdeburg stand unter dem Motto „Weitlings Bedeutung heute“.

⁷⁰ LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 255/2.

Auch hier gab es wieder Vorträge von neuen und von schon bekannten Akteuren.

Es sprachen Carl-Jürgen Kaltenborn, Hans-Jürgen Marsike, Dr. Helga Bär und Ingeborg Philipp. Magdeburger steuerten territorialgeschichtliche Fakten bei.

Vor allem die ersten Konferenzen in Potsdam waren gut besucht und fanden breite Resonanz.

Die Mitglieder der AG bemühten sich in vielen Veranstaltungen darum, das Interesse an ein neues Herangehen an andere Auffassungen zu fördern.

Verbunden mit der Arbeit von Ingeborg Philipp in ihren Bürgersprechstunden im Haus der PDS in Potsdam fanden zwischen 1992 und 1995 eine Reihe öffentlicher Veranstaltungen statt.

Sie wiesen auf eine weite weltanschauliche Öffnung der PDS hin.

1992 ging es Ingeborg Philipp und Helmut Hauck in einer Veranstaltung zum Thema „Toleranz - Wollen und Tun“ um ein handlungsorientiertes Nachdenken über Toleranz. Im gleichen Jahr wurde über die Frage „Welt ohne Sozialismus - geht das?“ diskutiert und Pastorin Be Ruys aus Dahlem war Partnerin in einem Disput mit den Interessenten über „Das Menschenbild in der Bibel“.

1993 war Prof. Ising aus Berlin Gesprächspartner über „Ewiges Universum oder Schöpfer“.

Anfang 1994 ging es weiter mit „Nachdenken über S. W. Hawking –Die Suche nach der Urkraft des Universums“ und mit Ekkehard Schulz (Kleinmachnow) wurde über „Neues denken - Neue Sprache?“ debattiert.

Mancher Interessent kam einmal und ging auch wieder. Andere kamen zu einigen Veranstaltungen.

Über die Jahre hinweg hat sich unabhängig von den durch die AG öffentlich organisierten Veranstaltungen ein dauerhafter Kreis von Mitgliedern der AG herausgebildet.

Die AG folgt in ihrem Selbstverständnis den Forderungen in der Präambel des Statuts der PDS „... Ihren Zielen gemäß leben die Mitglieder aktive Toleranz, praktische Solidarität und kulturvollen Meinungsstreit..“

Von Anfang an ging es den Mitgliedern der AG um das gemeinsame Nachdenken über ein den aktuellen Verhältnissen gemäßes Verständnis vom Platz der Theorie im Leben der Partei.

Ziel der Arbeit der AG ist es, einen Beitrag zu leisten bei der Überwindung der geistigen Enge aus SED-Zeiten und bei der Abwehr neuer Ismen. Uns geht es um die Verwirklichung eines aufrichtigen Pluralismus, eines Pluralismus als Gewinn.

Nachdenken über das produktive Verhältnis von Theorie, Ideologie und Politik im Handeln der Partei heute ist eine dauerhafte Aufgabe der AG. Verbunden damit diskutieren die Mitglieder der

⁷¹ Sozialismus – Vision. Materialien einer Konferenz. Hg. Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa-Luxemburg“ e.V., 1993, in: LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 459.

AG Fragen nach dem zeitgemäßen Verhältnis von Theorie, Programm, Strategie und alltäglicher Politik.

Mit dem Ausscheiden von Ingeborg Philipp aus dem Bundestag und ihrem späteren Wegzug aus dem Land Brandenburg haben sich die Wirkungsbedingungen für unsere AG nicht gerade verbessert. Auch die Verbindung zur christlichen Linken ist praktisch erloschen.

Die in unserer AG geführten Debatten zum Problemfeld Konflikte flossen 1995 in die Auseinandersetzung um die Gestaltung des „Linken Boten“ in Potsdam ein.

1997 war vor allem Prof. Gerhard Ruben an der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz der Landtagsfraktion, des kommunalpolitischen forums und der Rosa- Luxemburg- Stiftung mit dem Thema „Der ökologische Umbau der Gesellschaft“ beteiligt. Die AG erarbeitete dazu gemeinsam mit Dr. Andreas Trunschke die „Thesen zu sozialen, kulturellen und ethischen Aspekten des ökologischen Umbaus“.

1997 wurde eine Studie zur politischen Bildung erarbeitet.

In den folgenden Jahren konzentrierte sich das Wirken der AG auf monatliche Zusammenkünfte und dort stattfindende Diskussionen.

Die AG geht davon aus, dass es ein Krebschaden in Wirken vieler linker Gruppen, Parteien und Strömungen war, von einer Identität von Theorie und praktischer Politik auszugehen, die Brüche, Übergänge zwischen diesen Feldern nicht zu sehen.

Die Annahme der selbstständigen Rolle unterschiedlicher weltanschaulicher Zugänge für das Wirken in der Partei bleibt auch im Prozess der Parteineubildung dauerhaft bedeutsam.

Neues Denken war und ist für die Mitglieder der AG auch die Überwindung des Verständnisses des Marxismus als Rechtfertigungsideologie.

Aktuell treffen sich monatlich etwa zehn „Neue Denker“. Seit kurzen ist mit Rosemarie Kaersten ein Mitglied der WASG dabei.

Gegenstand der monatlichen Beratungen war z. B. die Programmdebatte vor 2003 und die Statutsdebatte vor dem Potsdamer Parteitag 2004.

Die Ergebnisse des Streites haben wir der Programm- und der Statutengruppe gesendet.

Es ging z. B. um eine ausgewogene Wertung der gewesenen Sozialismusversuche und um den Platz des Mitgliedes im Leben der Partei.

Bis heute geht es bei vielen Diskussionen um die Sinnhaltigkeit und den Inhalt eines Zukunftsbildes, eines Bildes des gewollten Sozialismus.

Aktuell will sich die AG wieder dem Zusammenhang von Glauben und Sozialismus zuwenden und sich dabei für neue Mitstreiter in der neuen Linken öffnen.

In Vorbereitung der 2. Tagung des 9. Parteitages der Linkspartei.PDS Brandenburg haben die Mitglieder der AG den Antrag „Fragend gehen wir voran“ erarbeitet und auf dem Parteitag eingebracht.

Der vom Parteitag angenommene Beschluss fordert zur inhaltlich-konzeptionellen Debatte zu Grundfragen unseres politischen Selbstverständnisses heraus.

Aktuell hat sich die AG mit dem 1. und 2. Entwurf der „Programmatischen Eckpunkte“ befasst. Die im Ergebnis der Diskussion erstrittenen Positionen der Zustimmung und der Kritik an bestimmten Teilaussagen zum 1. Entwurf hat die AG an die Steuerungs- und an die Programmgruppe gesendet.

Wir werden uns mit den Gründungsdokumenten für die neue Partei befassen und unsere Meinung dazu an die Programmgruppe senden.

Die Zusammenarbeit mit anderen AG wollen wir ausbauen. Mit der AG Geschichte werden wir in Abstimmung mit dem Landesvorstand neue Überlegungen anstellen.

Wie bei unseren Gedanken zum Programm von 2003 und zum Statut 2004 hoffen wir sehr darauf, dass unsere Ideen aufgenommen worden sind. Eine Bestätigung für das Eintreffen der Texte haben wir von der Steuerungs- und Programmgruppe leider nicht erhalten.

Die AG stellt sich die Aufgabe, zum Parteibildungsprozess beizutragen und dabei die Chance des ideellen Aufbruchs zu unterstützen.

Lange Jahre war Prof. Dr. Gerhard Ruben Sprecher der AG. Seit 2005 vertritt Wolfgang Preller die gegenwärtig 10 Mitglieder der AG.

Dokumente

Dokument 1

Beschluss des Landesvorstandes zur Arbeitsweise der Arbeitsgemeinschaften im Landesverband. Angenommen auf der Sitzung des Landesvorstandes am 21./22. November 1992 in Groß Schönebeck, Kreis Bernau.⁷²

Am 30. 10. 1993 trafen sich VertreterInnen landesweiter Arbeitsgruppen des Landesvorstandes und von Zusammenschlüssen, um über ihre Erfahrungen aus zwei Jahren AG-Arbeit zu berichten und gemeinsam Vorschläge für die Tagung des Landesvorstandes am 21./22. 11. 1992 zu erarbeiten:

1. Ausgehend von den inhaltlichen Schwerpunkten, die der Landesparteitag beschließt, prüft der neu zu wählende Landesvorstand, ob folgende Arbeitsgruppen beim Landesvorstand der PDS weiterzuführen oder zu bilden sind:
 - AG Wirtschaft
 - AG Ausländerpolitik
 - AG Bildung
 - AG Umweltpolitik
 - AG Jugendpolitik
 - AG Gesundheits- und Sozialpolitik
 - AG Wahlen
 - AG Öffentlichkeitsarbeit
 - AG Programm, politische Bildung und Geschichte
 - AG Kommunalpolitik
 - AG Kultur
 - AG Wissenschaft

Daneben arbeiten im Landesverband folgende landesweiten Zusammenschlüsse:

- Frauenarbeitsgemeinschaft LISA
- AG „EntRüstung“
- AG „SenniorInnen“

⁷² Der Beschluss lag dem 3. Landesparteitag am 23./24. Januar 1993 in Neuruppin vor. – S. LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Sammlung Materialien der Landesparteitage.

- Kommunistische Plattform
 - AG „Neues Denken“
 - AG „Junge GenossInnen“ in und bei der PDS Brandenburg
2. Wir schlagen vor, künftig bei allen Landesvorstandssitzungen neben dem Punkt „Lage“ einen weiteren ständigen Punkt „Information zur Arbeitsgruppenarbeit und Situation in den Zusammenschlüssen“ vorzusehen, bei dem alle Arbeitsgruppen und Zusammenschlüsse Gelegenheit erhalten, über ihren aktuellen Arbeitsstand zu informieren, Projekte abzustimmen und Probleme zu klären.

 3. Die Koordinierung der Zusammenarbeit der einzelnen Arbeitsgruppen bzw. Zusammenschlüsse ist Aufgabe des Landesgeschäftsführers der PDS Brandenburg. Über ihn müssen alle dazu notwendigen Absprachen erfolgen.
 Dazu gehört auch und insbesondere die Organisation der Information und Kommunikation zwischen den Arbeitsgruppen und Zusammenschlüssen und der Landesgeschäftsstelle, die Weitergabe von wichtigen Informationen und die Organisation der Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden, den Regionalgeschäftsführern und der Landtagsfraktion der PDS/LL.

 4. Unbedingt verbessert werden muss die Zusammenarbeit zwischen dem Landesvorstand der PDS Brandenburg und der Landtagsfraktion PDS/Linke Liste. Jede/jeder Abgeordnete sollte die Arbeitsgruppen des Landesvorstandes nach seinen Möglichkeiten unterstützen, etwa durch das Zusenden von Vorlagen u. ä.
 Selbstverständlich muss es werden, dass die Arbeitsgruppen und Zusammenschlüsse von der Fraktion in deren Arbeit einbezogen werden. Das erleichtert beiden Seiten das politische Wirken. Beispielsweise sollte ein gegenseitiger Austausch über die nächsten Vorhaben erfolgen, sollten die Abgeordneten bemüht sein, die Arbeitsgruppen und Zusammenschlüsse in Gesetzgebungsvorhaben oder auch mal in die Haushaltdebatte einzubeziehen.
 Entsprechende Absprachen dazu sind durch den Landesgeschäftsführer und den Parlamentarischen Geschäftsführer regelmäßig zu treffen und sollten auch in entsprechenden Arbeitsvorlagen des Landesvorstandes und der Fraktion Eingang finden.

5. Wir empfehlen dem neuen Landesvorstand der PDS Brandenburg, ein Strategiepapier für seine politische Arbeit zu erarbeiten, das die Schwerpunktsetzung beim Handeln des Landesverbandes bestimmt und uns endlich in die Phase des aktiven Agierens übergehen lässt. Dazu sollte jede Arbeitsgruppe und jeder Zusammenschluss seine Vorstellungen, schlussfolgernd aus deren Überlegungen und Arbeitsfeldern, einbringen.
Ein solches Strategiepapier muss über den Rahmen eines bloßen Terminplanes hinausgehen und konkrete Handlungs- und Kausalfolgenabläufe enthalten, die ein politisches Konzept des Landesvorstandes der PDS Brandenburg für einen mittelfristigen Zeitraum erkennen lassen.

6. Zur Arbeitsweise der Arbeitsgruppen bzw. Zusammenschlüsse gehört auch die Erreichbarkeit ihrer SprecherInnen, sowie deren Bemühen, den Landesvorstand regelmäßig über den aktuellen Arbeitsstand zu informieren.
Dazu gehört insbesondere neben den turnusmäßigen Beratungen im Landesvorstand, den Landesgeschäftsführer über die letzte Beratung zu informieren, Vorschläge für nächste politische Schritte zu unterbreiten, Hinweise für eine analytische Arbeit zu unterbreiten und konkrete Absprachen über gegenseitige Erfordernisse zu treffen. Jede Arbeitsgruppe und jeder Zusammenschluss übermittelt dem Landesgeschäftsführer regelmäßig (halbjährlich) einen Arbeitsplan und die Kontaktadressen der Arbeitsgruppe bzw. des Zusammenschlusses.

7. Arbeit von Arbeitsgruppen und Zusammenschlüssen heißt auch Öffentlichkeitsarbeit. Das darf sich nicht nur auf das Schreiben einer Kurzinfo für die Landesinfo beschränken. Vielmehr gehört dazu, auch andere Medien, je nach Möglichkeiten, zu nutzen. Solche Kontakte, wie auch Presseerklärungen und -informationen müssen über den Pressesprecher des Landesverbandes realisiert werden. Nicht vergessen werden sollten die Medien der PDS: Disput, PID, TIP, Kreisblätter, die auch über Infos froh wären. Vielleicht sollten wir für die Kreise speziell regelmäßig so eine Art Dienstleistung herausgeben, wo mehr Infos über die Arbeitsgruppen und Zusammenschlüsse, aber auch die Landtagsarbeit drin sind (Termine, Interviews, Argumentationen, Vorschläge für die Arbeit in den Kreisen).
Im Vorfeld des Landesparteitages erscheint eine Sonderinfo, in der sich alle Arbeitsgruppen und Zusammenschlüsse vorstellen können. Daneben wollen wir in Absprache mit den Arbeitsgruppen und Zusammenschlüssen kleinere Handblätter über jede Arbeitsgruppe und jeden Zusammenschluss machen, vor allem zur Werbung in eigener Sache.

Einreicher: Barbara Kenzler (AG Bildung), Margitta Mächtig (AG Umwelt), Gerlinde Schneider (AG Öffentlichkeitsarbeit), Harald Dittmar (Amt. Pressesprecher des LV), Dr. Jürgen Klos (AG Umweltpolitik), Torsten Löser (AG „Junge GenossInnen“), Lothar Nicht (Landesgeschäftsführer), Carsten Schulze (AG „EntRüstung“), Dr. Ekkehard Schulz („AusländerInnenpolitik“).

Dokument 2

Aus: Friedemann Bär: Thesen [für die Kommission innerparteiliche Entwicklung] zur Struktur- und Personalentwicklung des Landesverbandes Brandenburg der PDS – vorgelegt der Landesvorstandssitzung am 7. Juli 2000.⁷³

... AG und IG haben sich als Organisationsformen mit einer relativen Eigendynamik einen unverzichtbaren Platz aus der Sicht der Besetzung von Politikfeldern und der Durchführung von politischen Kampagnen bewährt.

Sie besitzen jedoch keine „homogene“ oder gar hierarchische Struktur. Ihre Mitgliederzahl ist durchschnittlich rückläufig und inkonstant. Typisch ist das Agieren auf Landesebene, ohne dass es adäquate AG/IG auf Kreisebene (meist nur einzeln agierende und sich „bekennende“ Mitglieder gibt).

In Wahrnehmung ihrer Rechte nach Satzung und Statut ist die Tatsache zu konstatieren, dass die Repräsentation der AG/IG nicht adäquat der Möglichkeiten anderer Organisationen der Basis ist. Dem Landesparteitag⁷⁴ (vor allem der Satzungscommission) und dem Landesvorstand obliegt es, nachstehende Probleme aufzugreifen und umzusetzen:

- Überarbeitung der Landessatzung hinsichtlich der Bedingungen, die mit der Konstituierung, der Zusammensetzung, der territorialen Präsenz und der Arbeitsweise von AG/IG verbunden sind.
- Überarbeitung der Aufgaben der Landesgeschäftsstelle hinsichtlich der besseren Sicherstellung der Arbeit und der Kommunikation der AG/IG innerhalb des Landesverbandes.
- Überarbeitung und Durchsetzung der Finanzrichtlinien hinsichtlich der finanziellen Sicherstellung der Arbeit von AG/IG auch mit dem Ziel, um Mehrfachfinanzierungen auszuschließen...

⁷³ LV Brandenburg der Linkspartei. PDS, Archiv, Sammlung Materialien der Landesvorstandssitzungen.

⁷⁴ Bezieht sich offensichtlich auf den 7. Landesparteitag, 1. Tagung in Brandenburg/Havel, am 17./18. Februar 2001.

Anhang

Anhang 1

Arbeits- und Interessengemeinschaften, andere Zusammenschlüsse im Landesverband

| <u>AG/IG</u> | <u>Sprecher</u> | <u>Zeitraum</u> |
|--|---|--------------------------------|
| AG Antifaschismus/ Rechtsextremismus | Diana Gnorski | 5. Juni 1999 – 2004 |
| | Silvia Hauffe | Neuformierung 2004 |
| AG AusländerInnenpolitik | Dr. Ekkehard Schulz | 1991 - 1994 |
| AG Außerparlamentarische Arbeit, emanzipatorische Projekte | | 1991 - |
| AG Asyl/Flüchtlingspolitik | | |
| Arbeitskreis „Linke Behin- dertenpolitik für das Land Brandenburg“ | Ingeborg Kolodzeike | seit Nov. 2006 |
| IG Betriebsratstätigkeit und Gewerkschaftsarbeit im Land Brandenburg | | 1991 – ? |
| AG Betrieb & Gewerkschaft Brandenburg | Jutta Nitsche Jörg Meinicke-Kleint | seit Oktober 2000 |
| AG Demokratie/Recht/ Verfassung | Dirk Strassenberger | 1991 - ? |
| AG Energiepolitik | Siegfried Dilk Dr. Edeltraud Radochla | seit 1996 |
| AG EntRüstung Apr. 1994 Umbenennung in: AG Friedenspolitik | Carsten Schulze Prof. Dr. Bernhard Gonnermann | 1990 – 1998 |
| AG Programm/Geschichte/ innerparteiliche Bildung 1996 Umbenennung in: AG Geschichte | Dr. Werner Bethge Prof. Dr. Kurt Finker Dr. Kurt Libera | seit Mai 1991 1996-2001 |

| | | |
|---|---|-----------------------------------|
| | Dr. Gerlinde Grahn Andreas Schuckert | seit 2001 |
| AG Gesundheit und Soziales | Dr. Horst Zentgraf | 1991 – 1994 |
| AG Innerparteiliche Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit | Holger Klementz | 1991- |
| Internationale Arbeit/ und AG Polittourismus des Stadt- verbandes Cottbus AG „Internationale Arbeit/ Europapolitik“ | Bernd Schulze Sabine Lichtwald Hans-Peter Schömmel | seit 1994 |
| AG Junge GenossInnen | Gerald Galka Torsten Löser | 1990 – Febr. 2001 |
| Kommunistische Plattform | Bodo Salpius Andreas Stark Konrad Hannemann | März 1991-? |
| AG Kommunal- und Regionalpolitik | Anita Tack | 1991 – 1995 |
| AG Kunst und Kultur | Hans-Joachim Nauschütz | 1991 – ? |
| AG Land- und Forstwirtschaft | Iris Dams | 1991 – ? |
| AG LISA | Dr. Karin Schröter Kerstin Kaiser Petra Jänicke Bärbel Lange | 1990 – 1999 seit Nov. 2006 |
| IG Lausitz Forum (aus Vertretern der Landes- verbände Sachsen und Brandenburg) | Wolfgang Thiel | seit April 1997 |
| AG Neues Denken | Ingeborg Philipp Prof. Dr. Gerhard Ruben Wolfgang Preller | seit Ende 1991(?) bis 2006 |
| AG Öffentlichkeitsarbeit | | 1991- ? |

| | | |
|---|--|---------------------------|
| AG Ökologie | | 1991- ? |
| AG Parlamentarische Arbeit | | 1991- ? |
| AG Recht/Verfassung | | 1991, 1993-1995 |
| AG Sozialpolitik | Diana Golze | seit 2005 |
| AG Sport | | Jan. 1993 - ? |
| AG Bildung und Schule 1999: Umbenennung in: LAG Schule in Brandenburg | Barbara Kenzler Viola Weinert Harald Petzold | seit 1990 |
| AG Veteranen AG SeniorInnen | | seit Dez. 1990 |
| | Prof. Dr. Willi Hafemann Irma Hilka | - 1999 1999 - 2006 |
| | Elke Böckmann | seit 2006 |
| AG SorblInnen | | 1996- ? |
| AG Two in one | Schöder, Jura | 1995- ? |
| AG Umweltschutz Umbenannt in: AG Umweltpolitik | Margitta Mächtig Dr. Jürgen Klos Dr. Annemarie Kersten | seit 1991 bis 2006 |
| | Peter Engert Christian Remer | seit 2006 |
| AG Wirtschaft/ AG Wirtschaftspolitik | Horst Hemberger Kurt Hasse | 1991 - ? |
| AG Wissenschaft | Prof. Dr. Jörg Osten Dr. Andreas Trunschke | 1991 - 1994 |
| AG Cuba Si | Jochen Girke Bernd Schulze | 1993 - ? |

(Zusammenstellung: Dr. Gerlinde Grahn)

Anhang 2

Mitglieder der AG Programm/Geschichte/innerparteiliche Bildung (zwischen 1990 und 2006)

Manfred Augustiniak, Guben

Kurt Baller (Historiker), Potsdam

Dr. Werner Bethge (Historiker), Potsdam

Marlies Breimann (Archivarin), Cottbus

Marianne Draeger, Geltow

Hans-Jürgen Dreibrodt (Philosoph), Forde

Dr. Ludwig Einicke (Jurist), Potsdam

Prof. Dr. Kurt Finker (Historiker), Potsdam

Wolf Gerhardt (Militärhistoriker), Potsdam

Dr. Gerlinde Grahn (Archivarin), Potsdam

Helmut Hirthe (Archivar), Frankfurt (Oder)

Prof. Dr. Horst Klett, Potsdam

Dr. Ulrike Koch (Historikerin), Potsdam

Kurt Koopmann, Seddin

Dr. Kurt Libera (Historiker), Potsdam

Dr. Moritz (Militärhistoriker), Potsdam

Dr. Detlef Nakath (Historiker), Potsdam

Wolfgang Preller (Philosoph), Potsdam

Dr. Rosemarie Preuß (Historikerin), Potsdam

Dr. Almuth Püschel (Historikerin), Potsdam

Dr. Fritz Reinert (Historiker), Potsdam

Günter Rodegast, Wittenberge

Wolfgang Rose (Historiker), Potsdam

Prof. Dr. Gerhard Ruben, Potsdam

Dr. Dieter Scheermann (Historiker), Potsdam

Alfred Schlegel (Archivar), Potsdam

Christa Schneider, Potsdam

Andreas Schuckert (Militärhistoriker), Potsdam

Joachim Schulz (Archivar), Potsdam

Dr. Werner Stang (Militärhistoriker), Stahnsdorf
Prof. Dr. Manfred Uhlemann (Historiker), Potsdam

Anhang 3:

Mitglieder der AG Neues Denken (zwischen 1992 und 2006)

Ilse und Helmut Hauck, Kleinmachnow
Rosemarie Kaersten , WASG
Ingeborg Philipp (Diplomphysikerin), Brandenburg
Wolfgang Preller (Philosoph), Potsdam
Prof. Dr. Gerhard Ruben (Astrophysiker), Potsdam